# 100 JAHRE 1.MAI

Es war im Jahr 1886, als nach einem großen Streik in Chicago, der mit Waffengewalt niedergeschlagen wurde, acht Streikführer als "Terroristen" und "Umstürzler" vor Gericht gestellt, zum Tod verurteilt und öffentlich gehenkt wurden. Als man ihnen die Schlinge um den Hals legte, riefen sie den Vertretern der sie ermordenden Ordnung zu: "Ihr werdet noch an uns denken!" und bekannten sich leidenschaftlich zur Revolution.

An diese Kriegserklärung gegen die kapitalistische "Ordnung", ihren Unterdrückungsapparat und ihre Büttel erinnerte 1889 auf dem Gründungskongreß der II.Internationale in Paris der Delegierte aus Bordeaux und stellte den historischen Antrag, in Fortsetzung des Kampfes der proletarischen Helden von Chikago **alljährlich den 1.Mai als den *gemeinsamen Kampftag* der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder der Erde gegen ihre Unterdrücker und deren Ausbeuterordnung zu begehen**. Und so wurde das auch beschlossen - mit der eindeutigen Betonung sowohl des **revolutionären** als auch des **internationalistischen** Charakters dieses Kampftages.

Im folgenden Jahr beging die österreichische Arbeiterklasse erstmals den 1.Mai mit einem lückenlosen **Generalstreik** und mächtigen Kampfdemonstrationen und gab damit ein großartiges Beispiel dafür, wie dieser Tag genützt werden soll. Damals, am Vorabend des 1.Mai 1890 schrieb die "Neue Freie Presse", das damalige Leibblatt der Unternehmer:

> *"Der 1.Mai ist der Vorstoß jener sozialistischen Parteien, welche die* ***Grundlage der heutigen Gesellschaft zertrümmern, das private Kapital aufheben, mit dem System des Lohnes brechen*** *und die Nation durch die physische* ***Gewalt der Arbeiter*** *unterdrücken möchten."*

Angesichts der Kampfentschlossenheit der Arbeiterschaft **bangten** die Ausbeuter und ihr Staat damals um ihre Existenz. Das herrschaftliche Wien verharrte nach aufgeregten Sondersitzungen des Kabinetts wie im Belagerungszustand, berichteten die bürgerlichen Zeitungen, und zornig fügten sie hinzu: belagert von den die Macht ihrer Zahl ausnutzenden, von den Lehren eines Karl **Marx** "verführten", die "bestehende Ordnung" bedrohenden **Arbeitern**!

Das hätte sich damals wohl niemand vorstellen können, daß 100 Jahre später am 1.Mai die Repräsentanten und Sachwalter, die Banker und Manager dieser nach wie vor existierenden ausbeuterischen "Ordnung" von Tribünen aus heuchlerisch einer Menge zuwinken können, die beifallklatschend an ihnen vorüberzieht! Der trostlose Zustand des 1.Mai, der zum Regierungs-Mai verhunzt worden ist, ist nur ein Spiegel des Zustands der Arbeiterbewegung in Österreich heute, die immer noch von der "Sozialpartnerschafts"-Ideologie gefesselt und gelähmt ist.

Was vor 100 Jahren aktuell und dringend war, ist aber heute noch aktueller und noch dringender!

Daß diese verfluchte Ausbeuterordnung zerschlagen wird, daß die Schmarotzerwirtschaft auf dem Buckel der arbeitenden Menschen beseitigt wird, daß sich die Arbeiterinnen und Arbeiter endlich wehren, daß sie sich auf den **revolutionären** Kampf besinnen und die "sozialpartnerischen" Musikanten mit ihrer Leier "Sei immer zufrieden, verlang nicht zu viel" endlich zum Teufel jagen - darin sehen wir den wirklichen Sinn des 1.Mai! In diesem Sinne:

**ES LEBE DER ROTE, DER KÄMPFERISCHE REVOLUTIONÄRE UND INTERNATIONALISTISCHE 1.MAI !**

*MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)*

**Offenlegung und Impressum auf Seite 9**

**Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!**
**Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!**

# Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 240 April 1990 Preis S 20,-

# SOLANGE DIESER POLIZEI- UND PRÜGELSTAAT NICHT ZERSCHLAGEN WIRD, BLEIBT DAS ARBEITENDE VOLK IM GRUNDE RECHTLOS !

- **Rolle und Tätigkeit der Stapo zeigen den wahren Charakter dieses Staates als demokratisch verbrämte Diktatur der Bourgeoisie**
- **Sicherheitspolizeigesetz - ein neuer zusätzlicher Stützpfeiler des österreichischen Polizeistaats**
- **Anti-Opernball-Demonstration 1990 - Direkte Zusammenarbeit der Prügelpolizei mit Faschisten**
- **Vor 25 Jahren wurde Genosse Ernst Kirchweger ermordet**

# ERFAHRUNGEN VON DER ANTI-OPERN-BALL-DEMONSTRATION 1990

Bei der diesjährigen Anti-Opernball-Demonstration gab es einige bemerkenswerte neue Entwicklungen. Diese müssen umso mehr beachtet werden, als die Opernballdemo Jahr für Jahr immer mehr den militanten Höhepunkt des Klassenkampfs in Österreich darstellt.

Wir wollen hier keine chronologische Darstellung der Ereignisse dieses Tages geben, sondern uns auf besondere Aspekte konzentrieren, speziell auf:

- die lähmende Rolle der Reformisten,
- das aggressive Auftreten der Faschisten,
- die Aktivitäten der Polizei,
- die Rolle der Zivilpolizisten.

Besonderes Gewicht wollen wir darauf legen, wie alle diese Kräfte zusammengearbeitet und sich ergänzt haben. Daraus gilt es Lehren zu ziehen.

## DER ZERSETZENDE UND LÄHMENDE EINFLUSS DER REFORMISTEN

Schon in der Vorbereitungsphase versuchten die offenen Reformisten ("KJÖ", "Longo-Mai"-Stelzhammer und Co.) mit allen möglichen Mitteln, die Demo auf ihre Gleise zu bekommen. Sie konnten sich unter den kämpferisch orientierten Kräften mit ihren abwieglerischen Projekten (unter anderem eine Art "Gegenball" im Saal oder "Fest" im Stadtpark) nicht durchsetzen. Um die Führung des Geschehens in die Hand zu kriegen, meldeten sie im letzten Moment eine Demo zu ihrem "Runden Tisch" an.

Tatsächlich gelang es diesen Leuten damit, die kämpferischen Kräfte zu überrumpeln. So kam es auch dazu, daß die Demo auf "Befehl" der Reformisten viel zu bald vom Schwarzenbergplatz losmarschierte, zu einer Zeit, als eine große Zahl von Demonstrantinnen und Demonstranten erst auf dem Weg zum Sammelpunkt waren. Dieses Manöver verhinderte von Anfang an eine kämpferische und entschlossene Demo, erleichterte die Infiltration durch Faschisten in die Demo, ganz abgesehen davon, daß die Demo ziemlich hilflos den Angriffen der Faschisten von außen ausgeliefert war. Die Aufstellung eines Bühnenwagens der Reformisten zwischen Kundgebungsort (Kärtnerstraße) und Polizeikette, sowie die Verteilung von Nelken an die Prügelpolizisten durch die "KJÖ" schuf weiters eine äußerst ungünstige Situation, da jedes militante Auftreten, ja jedes energische Vorgehen gegen die Überfälle der Faschisten dadurch gelähmt wurde.

Auf diese Weise gelang es den Reformisten über längere Zeit hinweg, über ihre Bühne "Dampf abzulassen" und die Wut der Demonstrantinnen und Demonstranten in "empörte", aber zahnlose Redebeiträge zu kanalisieren. Mit dieser Abwiegelungstaktik gelang es den staatstreuen Kräften vom "Runden Tisch", stundenlang eine ohnmächtige und defätistische Stimmung zu schaffen. So verließen viele bereits bis etwa 21 Uhr zumindest vorübergehend die Demonstration - ein Effekt, der genau im Interesse der Löschnak, Bögl und Neugeborn lag!

Erst durch die Angriffe der Faschisten wurde trotz aller Abwiegelei die Stimmung immer kämpferischer. Als dann noch ein Demonstrationszug Richtung Operngasse formiert wurde, beteiligten sich viele begeistert daran. Doch stellte sich bald heraus, daß die Spitze des Zuges von (vermummten) Reformisten gebildet wurde. Diese gaben sich zwar eine zeitlang militant, doch verfolgten sie ihr Ziel der "Deeskalation" konsequent weiter. So wurde der Demozug in der Operngasse mindestens 20 Meter vor der Polizeisperre zum Stehen gebracht. Die erste Reihe aus fast ausschließlich "KJÖ"-lern (und Anhang) behinderte aktiv das weitere Vorgehen.



KJÖ-ler verteilten zu Beginn "Blumengeschenke" an die Polizisten - die Polizei "bedankte" sich später mit wilden Prügelattacken gegen die Demonstration dafür

Ihre verräterische Rolle zeigte sich besonders in der Situation, als eine Gruppe von Antifaschistinnen und Antifaschisten das Büro der türkischen Fluglinie angriffen und "entscheibten" und es zu den ersten schwereren Auseinandersetzungen mit der Polizei kam.

Durch ein langes Transparent vor der ersten Demo-Reihe und aktive Behinderung versuchten die Abwiegler, den Großteil der Demonstrant/inn/en zurückzuhalten. Dadurch entstand eine sehr gefährliche Situation für diese relativ kleine Gruppe beherzter Antifaschisten. Denn eine Polizeikette rückte vor, um sie vor dem Turkish-Airlines-Büro einzukesseln.

Nur dadurch, daß sich schließlich doch eine größere Zahl von Demonstrantinnen und Demonstranten durch die "KJÖ"-Ketten drängen konnten, wurden die Leute vor dem Polizeiangriff geschützt. Durch den Vorstoß vor die "KJÖ"-Ketten und einen Angriff von Demonstrant/inn/en, die von der Kärtnerstraße vordrangen, geriet eine Polizeikette in der Elisabethstraße von zwei Seiten derartig in die Zange, daß sie fluchtartig den Rückzug zu ihren Kumpanen bei der Sperre Operngasse antreten mußten.

sche Alternative). „Wir brauchen das kapitalistische Pack nicht" (Rote Fahne — Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs). „Die Opern-

In einer "Reportage" der "Neuen Wochenschau" vom 1.März 1990 wurde auch das MLPÖ-Flugblatt erwähnt.



## DIE FASCHISTEN: IMMER FRECHERES AUFTRETEN UNTER POLIZEISCHUTZ!

Hervorstechend war heuer der organisierte Angriff von Faschisten auf die Demo sowie die Offenheit der Zusammenarbeit und Arbeitsteilung der Nazibanden mit der Polizei. Rechtsradikale Kreise um Steinbauer hatten sich schon Wochen davor angeboten, unter dem Deckmantel "empörte Bürger schützen die Oper gegen Chaoten" als Hilfspolizei oder Bürgerwehr aufzutreten.

Die ersten Angriffe begannen bereits beim Sammeln am Schwarzenbergplatz, wo Faschisten mit Leuchtspurgeschoßen und Knüppeln auf Demonstrantengruppen losgingen und Messer zückten. Auch während des laschen Marsches zur Kärntnerstraße wurde der Zug wiederholt von Nazis angegriffen. Jedesmal wenn antifaschistische Kräfte begannen, die Faschisten zurückzuschlagen, wurden diese durch schnell aufgezogene Polizeiketten geschützt und die militanten Verfolger sahen sich bestens ausgerüsteten Polizeikräften gegenüber, die den Faschisten den Rückzug deckten.

Immer wieder fanden weitere massive Angriffe der Faschistenbanden statt, die, teilweise als Demonstranten "getarnt", sich plötzlich aus der Kundgebung heraus mit Prügeln auf umstehende Demonstrantinnen und Demonstranten stürzten. Dabei entstand immer wieder Panik, da ja nicht unmittelbar ersichtlich war, wer jetzt ein Faschist und wer Demonstrant war. Doch immerhin bezogen die Faschisten auch Prügel von Militanten und mußten sich unter dem Schutz der Polizei in das nahe Lokal "Insel" zurückziehen. Dessen Auslagenscheiben wurden im Verlauf der Kämpfe durch Steinwürfe zerstört (wie auch die Scheiben der nebenliegenden Lokalitäten).

Selbst im unmittelbaren Bereich der "Bühne" der Reformisten kam es zu Angriffen der Faschisten, die zurückgeschlagen werden konnten. Bezeichnend ist dabei allerdings, daß die Reformisten auch während der Kämpfe zwischen Faschisten und Antifaschisten bei "ihrer" Bühne abwieglerische Agitation betrieben ("Laßt euch nicht provovieren!" usw.). Sie wollten das Ganze über die Polizei regeln, obwohl klar war, daß diese einzig und allein den Faschisten den Rückzug deckte bzw. es diesen sogar erst ermöglichte, ungestraft gegen die Demonstration vorzustoßen. Augenzeugen berichten, daß bei einer Perlustrierung vor der Sezession bei Faschisten zwar Schußwaffen gefunden wurden, der betreffende Nazitrupp aber ungehindert weiterziehen konnte.

Es war reiner Zufall, daß niemand getötet wurde, und es werden traurige Erinnerungen zu den Vorfällen von 1965 wach, als Genosse Ernst Kirchweger von Faschisten in einer ähnlichen Situation erschlagen wurde!

## DIE POLIZEI: PRÜGELN ZUM SCHUTZ DER HOHEN HERREN!

Erwartungsgemäß begann der massive Angriff der Prügelpolizei kurz vor 22 Uhr, als der Opernball begann und das passende Kapitalistenpack und seine Diener und Hofnarren in der Oper "in Sicherheit" waren. Obwohl dieser Polizeisturm wie jedes Jahr auch heuer zum vierten Mal um genau dieselbe Zeit erfolgte, stand die Demo dem erneut ziemlich unvorbereitet gegenüber. Erst im späteren Verlauf der Kämpfe wurde versucht, z.B. Barrikaden aus Wahlplakatständern, Blumentrögen usw. aufzurichten. Um 22 Uhr aber hatten noch immer die Reformisten mehr oder weniger die (Des-)Organisation in der Hand.



Die Polizei übte vorher mit neuen Helmen und Schutzschilden



Bemerkenswert war das straff organisierte Auftreten der Polizei. Dieses war in tagelangen Übungen beim Alberner Hafen geprobt worden. Die Prügelpolizisten waren zum Großteil kampfmäßig ausgerüstet, hatten Vollvisierhelme mit Nackenschutz, feuerfeste Kampfanzüge, Plexiglasschilder, überlange Schlagstöcke und Pistolen. Die wiederholten Vorstöße, Einigelungsmanöver (gegen massive Steinwürfe), Schwenks und Rückzüge wirkten oft schon dadurch martialisch, daß sie so geschlossen durchgeführt wurden.

Einige Unsicherheit in den Polizeireihen kam allerdings auf, wenn vorwärtsstürmende Einheiten von hinten mit Steinen attackiert wurden, da ja viele den Angriffen einfach seitwärts auswichen und dann hinter den Polizeihaufen standen. Schließlich kam dann der Befehl, die letzte Reihe mit Schildern nach hinten abzusichern, was die Mobilität der Polizeigruppen immer wieder hemmte. - Bei einer besseren Organisation hätte das sicherlich wirkungsvoller ausgenützt werden können.



## DIE GEFÄHRLICHE ROLLE DER ZIVILPOLIZISTEN

Eine ausgesprochen üble Rolle spielten die als Demonstranten getarnten Zivilpolizisten. Diese hatten zum Teil Motorradhelme oder Aufschriften auf ihren Jeans wie "Kiss my asshole" usw. Andere waren als Rotkreuzhelfer, ORF-Leute usw. verkleidet. Durch die hinterhältigen Angriffe von Faschisten (darunter Skins) einerseits und die gut getarnten Zivis (Kennzeichen: weißes Tuch oder Helm, Parole: Tosca) andererseits wurde es während der Kämpfe zeitweise brenzlich, da sich ein neben dir Stehender ja plötzlich als Feind herausstellen konnte. Hier rächte sich die zersetzende Arbeit der Reformisten, die eine entschlossene Organisierung, den Demoschutz und die Bildung von wehrhaften Demogruppen beharrlich und aggressiv behinderten. Umso erfreulicher ist, daß immerhin doch einige dieser Zivi-Schweine verprügelt und einem ein paar Zähne ausgeschlagen wurden, als er eine Verhaftung veranlassen wollte. Zwei Zivis wurden angeblich auch von ihren eigenen Leuten geprügelt, da sie im Eifer die Schutzparole "Tosca" nicht rechtzeitig herausgebracht hatten. - Eine Pikanterie des Polizei-Losungswortes "Tosca" ist übrigens, daß in dieser Verdi-Oper am Schluß der korrupte Polizeipräsident getötet wird...



Zwei als "Demonstranten" verkleidete Staatspolizisten

## GEWALTLOS ODER MILITANT?

Als nach 22 Uhr die militanten Kämpfe begannen, als die Prügelpolizei immer wieder vorstieß, um die Demo zu zersplittern und bestimmte Schlüsselstellungen am Karlsplatz zu besetzen, zeigte sich besonders krass, daß es geradezu selbstmörderisch ist, der Linie der Reformisten zu folgen: Gewaltlos sein heißt, sich heute den Schädel blutig und das Auge ausschlagen, sich morgen kampflos abschlachten zu lassen! Umso schlimmer ist es, wenn sich immer wieder Reformisten und andere "Gegen Gewalt"-Apostel aggressiv auf Leute stürzten, die einen Stock oder Stein in der Hand hielten, um sich bei einem neuerlichen Polizeiangriff wehren zu können. Besonders jungen und unerfahrenen Demonstrantinnen und Demonstranten wurden wiederholt Knüppel oder Steine richtiggehend weggenommen, wenn nicht andere Militante entschieden gegen solche Entwaffnungaktionen einschritten.

Wie wichtig, aber nach wie vor unzureichend, die Bewaffnung zum Schutz der Demo war, zeigte sich auch heuer wieder. Wie schon in den Jahren davor hatten die Prügelpolizisten ziemlichen Respekt vor militanten Gruppen. Sie stürzten sich vorwiegend

auf ungeschützte Personen, auf "friedliche" Leute, die verbal gegen einen Übergriff intervenieren wollten, auf Leute, die "diskutieren" wollten, oder auf solche, die nur vom Würstelstand aus zuschauen wollten (wie der SJ-Funktionär, dem von der Polizei ein Auge zerschlagen wurde).

Besonders brutal gingen einzelne Spezialeinheiten der Polizei, wie die "Skorpion", vor, doch kann nicht gesagt werden, daß nicht alles sehr planmäßig vor sich ging. "Einzelne schwarze Schafe" gab es heuer keine, dafür eine geschlossene schwarze Schafherde, die auf die Pfiffe ihrer Treiber weitgehend perfekt reagierte. Und bezeichnenderweise war es der wegen seines "kritischen" Club-2-Auftritts hochgerühmte Polizeioffizier Smoliner, der die Pistole zog, "weil ich mich nicht alleine gegen 1500 Demonstranten stelle" ("profil" 9/90, S.83).

Tatsache ist jedoch auch, daß heuer bedeutend mehr Menschen als im Vorjahr zumindest mit Tüchern oder Schals vermummt waren und aktiv mit Steinen und Flaschen gegen angreifende Polizeieinheiten vorgingen. Gerade diese große Zahl von oft völlig unauffällig gekleideten militanten Personen war es, die der Polizei bei ihren Vorstößen zu schaffen machte. So kam es beispielsweise öfters vor, daß sich eine Gruppe von Prügelpolizisten oder motorisierten Jägern nach einem Sturm auf eine vermummte Demonstrantengruppe zurückzog, um sich auszurasten und plötzlich flogen Bierflaschen und Steine aus einer Gruppe von "Zuschauern" auf sie und ließen sie nicht zur Ruhe kommen.

Auch bei versuchten Verhaftungen reagierten die Umstehenden meist sehr schnell, drängten mit Rufen wie "He, was soll das! Laßt ihn sofort los!" usw. auf die Polizisten los, um die Festgenommenen schließlich durch Druck und Gewalt zu befreien. So zeigte sich bei mehr Menschen die Bereitschaft, auch gewaltsam und z.B. mit Steinen oder Stöcken gegen die bestens gerüsteten und trainierten Schutztruppen des kapitalistischen Staates vorzugehen.

Fortsetzung auf S.8

## WUT UND TRAUER ÜBER DIE ERMORDUNG EINER ANTIFASCHISTIN IN GÖTTINGEN IN MILITANTEN WIDERSTAND VERWANDELT

Im November 1989 ermordete die Polizei in Göttingen in Westdeutschland die Antifaschistin Cornelia Wittmann. Sie war von Polizeieinheiten in den Tod gehetzt, überfahren worden, nachdem die Einsatzzentrale den Befehl zum "plattmachen" gegeben hatte.

Am 25.11.1989 zeigten weit über 15.000 Menschen bei einer Demonstration ihre Wut und Empörung über die Ermordung der Antifaschistin. Unsere westdeutsche Bruderorganisation "GEGEN DIE STRÖMUNG" verteilte dort auch ein Flugblatt. Es kam zum militanten Protest gegen die Polizei, bei dem auch die bürgerlichen Strafgesetze mißachtet wurden. Die Verbote der "Vermummung" und der "passiven Bewaffnung" wurden direkt durchbrochen, viele waren behelmt. Die Einsatzzentrale der Polizei wurde "zur Rechenschaft gezogen" und mit einem massiven Steinhagel belegt – als Ausdruck der Empörung über die Polizeiweisung des "Plattmachens" von Conny.

Der nachfolgende "TAZ"-Leserbrief einer pazifistisch eingestellten Teilnehmerin der Demonstration zeigt im Grunde, daß das Konzept der "Gewaltlosigkeit" bedeutet, sich widerstandslos fertigmachen zu lassen.

(...) Die Demo von Samstag hat mir klare Fakten vor Augen geführt. Es haben Scheiben geklirrt. Das rechtfertigt aber weder das Auffahren von Wasserwerfern noch das Auftreten von bis an die Zähne bewaffneten Mannschaften, die sie dem Demozug entgegenstellen. Wäre der autonome Block nicht vorweggegangen und hätte diese Einheiten nicht mit Steinen vertrieben, hätten 15.000 Menschen nicht weiterdemonstrieren können.

Tatsache ist, daß die Abschlußkundgebung nicht zu Ende gebracht werden konnte, weil von allen Seiten Polizeieinheiten anrückten. Tatsache ist auch, daß abziehende DemonstrantInnengruppen von Polizeieinheiten angegriffen und zum Teil verprügelt wurden. Es ist Tatsache, daß Hunderte auch „nicht militante" DemonstrantInnen von knüppelschwingend heranstürmenden Hundertschaften überrannt worden wären, wenn sich ihnen nicht Autonome mit Steinen und leider auch einem Molli in den Weg gestellt hätten.

Nach diesen Erlebnissen von Samstag frage ich mich ernsthaft, ob wir schon so weit sind, daß eine wiederholt erklärtermaßen gewaltlose Demonstration nur noch unter dem Schutz von militanten Einheiten durchzuführen ist."



# Das Auge des Gesetzes und das Auge des SJ-Beobachters

Zur diesjährigen Opernball-Demonstration entsandte die oberösterreichische SJ ihren Landessekretär Christian Schörkhuber als Beobachter. Kurz vor Mitternacht erwischte es diesen aber selbst sehr schwer. Er wurde von den wahllos auf alle Leute einprügelnden Polizeihorden übel zusammengeschlagen. Einer der Polizeiknüppelschläge traf sein linkes Auge so schwer, daß es zu erblinden droht.




Dieser Fall hat in den Medien einige Publicity erhalten. Politiker und Journalisten besuchten den SJ-Landessekretär im Spital und sprachen ihr Bedauern aus. Das war übrigens nicht so, als vor 2 Jahren ein Polizist mit dem Auto eine Demonstrantin schwer verletzte, indem er sie mehrmals vor- und zurückfahrend überrollte (der Polizist wurde inzwischen freigesprochen!).

Schörkhuber, der vielleicht damit gerechnet hatte, daß die Polizei nur auf Demonstranten losgeht, nicht aber auf umherstehende Beobachter, sieht seinen Fehler darin, nicht rechtzeitig Reißaus genommen zu haben: "Blöderweise blieb ich stehen." (Im "Kurier", 25.2.1990)

Schörkhuber sollte lediglich beobachten und für die Parteizeitung berichten, wie die Polizei gegen die Anti-Opernball-Demonstration "einschreitet". Daß er dabei selbst zum Opfer wird, war natürlich nicht vorgesehen und hat die Empörung der SJ ausgelöst, welche den Rücktritt des Wiener Polizeipräsidenten Bögl forderte und gar einen Untersuchungsausschuß androhte.

Wir nehmen den SJ-lern ihre Empörung zum Teil durchaus ab. Aber worüber regen sie sich auf? Darüber, daß nicht "kontrolliert" genug geknüppelt wird? Darüber, daß die Polizei nicht genügend zwischen den "guten" und den "schlechten" Anwesenden unterscheidet? Und haben sie sich jemals Rechenschaft darüber abgelegt, daß es von Löschnak, über Bögl bis herunter zu Neugeborn ihre eigenen "Genossen" sind, welche die Einsatzbefehle zum Prügeln geben? Und prügeln nicht sogar in Wien Polizisten, welche mehrheitlich SP wählen oder selbst SP-Mitglieder und damit "Genossen" sind?

Die Grenze zur Heuchelei wird eindeutig überschritten, wenn von dieser Tatsache bewußt abgelenkt wird. Diese Mission hat speziell eine Gruppe von Pseudo-Linken in der SPÖ übernommen, die mit Billigung der SP-Führung das Blättchen "Vorwärts" herausgibt. In der Nummer, welche vor, während und nach dem Opernball verkauft wurde, lautet die Hauptüberschrift "ÖVP raus!". Machen Vranitzky, Cap, Dohnal, Löschnak, Bögl usw. dann etwa eine wundersame Wandlung vom Saulus zum Paulus durch? Oder soll die SP allein das Recht haben, fortschrittliche Bewegungen niederzuknüppeln?!

13 Jahre SP-Alleinregierung haben hinreichend bewiesen, daß die SPÖ ebenso wie die ÖVP eine Partei des österreichischen Monopolkapitals ist, ebenso reaktionär und imperialistisch.

Fortsetzung von S.6

## LEHREN UND SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT

Das ganze Zusammenspiel der Reformisten mit den Behörden, die Vernachlässigung und Aufweichung des Demoschutzes gegenüPolizei und Faschisten, wurde dieses Jahr von den verantwortlichen Polizeistellen und Politikern kräftig honoriert. So lobte Bögl namentlich die "KJÖ" und Stelzhammer und erklärte befriedigt: "Es ist gelungen, daß die Chaoten die friedliche Demo nicht für ihre Zwecke mißbrauchen konnten." ("Kurier", 23.2.1990). Zilk dankte den Abwieglern vom "Runden Tisch" ebenfalls.

Und die Medien kamen diesmal mit einem neuen Märchen daher: Die "eigentliche" Demo selbst sei ruhig verlaufen, aber nach der Demo seien Kriminelle und Chaoten gewalttätig geworden.

Trotz einiger erfreulicher Momente der Massenmilitanz ergibt sich insgesamt dennoch das Bild, daß die kämpferischen und revolutionär orientierten Kräfte weitgehend **in der Defensive** waren. Um dies zu ändern, muß bei den Gründen dafür angesetzt werden.

Erstens. Die kämpferisch eingestellten Gruppen einigten sich diesmal zwar auf eine Plattform, welche für die Beseitigung des ganzen Profitsystems eintritt. Doch gab es ein merkliches Zögern und sogar Angst, eine politische Mobilisierung in diese Richtung durchzuführen. Darin kamen nicht nur eigene Unklarheiten zum Ausdruck, sondern auch ein Zurückweichen gegenüber dem Druck des (späteren) "Runden Tischs", dessen Wortführer massiv gegen jegliche kämpferische, und erst recht revolutionäre Orientierung angingen. Durch diese zunehmende "Zurückhaltung" hatten die "KJÖ" und die anderen offenen Abwiegler leichtes Spiel, schließlich als die eigentlichen Demonstrationsveranstalter aufzutreten.

Zweitens. Es zeigte sich, daß eine annähernd brauchbare Plattform keineswegs ausreicht, wenn nicht auch ***organisatorisch*** alles getan wird, um eine militante Demonstration durchzuziehen.

Zwar war die Widerstandsausstellung ein sehr gutes Mittel zur Mobilisierung, und sehr gut arbeiteten die Demo-Sanitätergruppe und die Rechtshilfe, sowie die Untergrundsender, die in den Tagen vor der Demo mobilisierende Aufrufe verbreiteten und am Abend selbst den Polizeifunk nachhaltig störten. Der Frage der praktischen Demonstrationsleitung wurde jedoch ausgewichen. Z.B. wurde die Frage des Demoschutzes gegen Faschisten und Polizei nicht oder nicht ausreichend thematisiert. So waren die einzelnen Leute oder Kleingruppen im Grunde völlig auf sich angewiesen und ein einheitliches, wuchtiges Auftreten unmöglich. In welcher Form die militante Demonstration ihre politischen Inhalte deutlich machen sollte, wurde dann schon überhaupt nicht mehr überlegt. - Vor diesem Hintergrund konnten die "KJÖ"-ler, Stelzhammer von "Longo Mai" usw. mit Leichtigkeit die praktische Organisation in ihre Hände nehmen.

Insofern ist die Feststellung im "TATblatt" völlig zutreffend, daß die autonomen (bzw. militanten) Kräfte "wieder einmal eingekocht" wurden (TATblatt minus-Nr.75, S.3). Nur sollten daraus endlich auch die Konsequenzen gezogen werden.

Es gilt, wirksamen Schutz gegen die Polizeischläger, gegen die faschistischen Banden bzw. gegen deren Zusammenwirken im Dienste des Kapitals zu organisieren. Es gilt, wirksam gegen die Dominanz der reformistischen Lakaien der Bourgeoisie anzugehen...

Die Kräfte der Marxisten-Leninisten Österreichs sind heute noch zu schwach, um bei Ereignissen wie der Anti-Opernball-Demonstration politisch, ideologisch und organisatorisch wirklich führend eingreifen zu können. Doch werden wir alles tun, um gegen Defätismus, Kapitulantentum, Versöhnlertum und Abwiegelei eine konsequent antifaschistische, militante und revolutionäre Politik voranzubringen und entsprechende Aktionen zu organisieren.

Um dies zu erreichen, müssen wir insbesondere auch immer wieder anhand der Tatsachen zeigen: Militanter Kampf gegen Imperialismus und Faschismus ist praktisch unmöglich ohne Kampf gegen den Einfluß der Reformisten bzw. Opportunisten. Diese Wölfe im Schafspelz verteidigen in mancher Beziehung die Herrschaft der Bourgeoisie und ihre Interessen "besser" als diese selbst, weil sie das Gift der bürgerlichen Ideologie und Politik **innerhalb** der fortschrittlichen Bewegung verbreiten. Die mangelnde Erkenntnis dieser Wahrheit und/oder die Feigheit, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen (Angst vor Isolierung), ist ein Haupthindernis zur Verstärkung des militanten Kampfes mit revolutionärer Perspektive.



# Auf der Grundlage der Auswertung der Erfahrungen den Opernball '90 konsequent vorbereiten!

## Thesen

1.) Eine von vielen geteilte Einschätzung ist, daß beim letzten Mal zuwenig getan wurde, um die politischen Inhalte der Anti-Opernball-Proteste 'rüberzubringen. Das betrifft unserer Meinung nach sowohl die Mobilisierung vorher als auch während der Demo.

Allerdings ist nicht nur die unzureichende Vermittlung das Problem gewesen, sondern insbesondere auch der Inhalt selbst. Die im letztjährlichen Aufruf gegebenen Einschätzungen sind an der Oberfläche der Erscheinungen geblieben und waren KEINE wirkliche Anklage dieses kapitalistisch-imperialistischen Profitsystems und seines Staates, in dem die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen im Inland und Ausland systematisch betrieben wird. ZB wird darin in Bezug auf die Polizei der Eindruck erweckt, als bestehe das Übel darin, daß diese aufgrund von Gesetzen aus der Monarchie und der 1. Republik agiere. In Wirklichkeit besteht die Unterdrückungsfunktion der Exekutive als Knüppel der Bourgeoisie ganz unabhängig von Gesetzen.

Wir meinen, daß ein Mobilisierungsaufruf, der nicht hinter der praktischen Militanz der Leute auf der Straße zurückbleiben will, nicht nur von einem nicht näher bestimmten »Widerstand« reden darf, sondern als Stoßrichtung vermitteln muß: RADIKAL SEIN HEISST, DAS KAPITALISTISCHE ÜBEL AN DER WURZEL PACKEN!

Als ein gerade dieses Jahr besonders wichtiger Punkt erscheint uns die Entlarvung der Heuchelei der Herrschenden. Diese nehmen den Bankrott der revisionistischen Regimes in der DDR, CSSR, UdSSR usw genüßlich her, um die »westlich«-kapitalistische »Ordnung« als das angeblich denkbar beste System herauszuputzen. Dem müssen wir die Realität des tagtäglichen Elends, der Arbeitshetze, zunehmender Obdachlosigkeit, »Flexibilisierung« usw, vor allem aber auch die ständigen unerhörten Verbrechen der »westlichen« Imperialisten in aller Welt (El Salvador, Philippinen, Türkei, Kurdistan, Iran, Palästina) entgegenstellen. Und da müssen wir natürlich vor allem die »eigenen« Imperialisten anprangern.

Dabei dürfen wir allerdings auch nicht den Fehler machen, direkt oder indirekt die Zustände in der DDR, Ungarn, Jugoslawien usw zu rechtfertigen, wo schon längst keine sozialistischen Produktions- und Lebensbeziehungen der Menschen mehr existieren. Dort herrscht für Reaktionäre, Antisemiten, Monarchisten und eine immer fetter werdende bürgerliche Klasse »Freiheit«, während zB in der UdSSR gegen die unzufriedenen Bergarbeiter mit Streikverbot vorgegangen wird und blutige Armeepogrome (Tiflis!) veranstaltet werden.

Wir meinen, daß es mit einiger Phantasie gelingen müßte, auf Transparenten, über Megas, Flugzettel usw die entscheidenden Inhalte deutlich zu machen.

2.) Für die praktische Durchführung der Demonstration bzw der Protestformen, die es zu überlegen gilt, ist sicherlich die Erfahrung der Aegidi/Spalo-Demo vom 15. September dieses Jahres zu berücksichtigen. Das hervorstechende Merkmal war dabei, daß zum ersten Mal in Österreich in dieser Weise ein »wandernder Polizeikessel« um die Demonstration gebildet wurde. Es ist anzunehmen und zu hoffen, daß diese Situation beim Opernball nicht die gleiche sein wird, weil mehr Leute zu erwarten sind, und die Kieberei durch die Bewachung der in der Oper versammelten »Wölfe, Schweine und gemeinen Hunde der alten Gesellschaft« insgesamt weniger mobil sein wird. Doch unterschätzen dürfen wir das dennoch nicht. Es wird genau zu überlegen sein, wie der zu erwartende Versuch der Unmöglichmachung der Proteste vereitelt werden kann, wie das Demonstrationsrecht verteidigt werden kann.

3.) Bleibt noch die »Bündnisfrage«. Die Erfahrungen nicht nur der bisherigen Anti-Opernball-Proteste zeigen: Die politische und organisatorische Unterordnung unter die Muhri-Silbermayr-»Wendehälse« und ihre Anhänger, oder unter ausgebuffte Pseudo-Linke vom Schlage Stelzhammers wirkt wie ein Würgeeisen gegen die Entfaltung militanter Proteste! Kriegen diese Leute die Führung in die Hand, dann ist die Demobilisierung und Lähmung gewiß!

Die politische und organisatorische Zusammenarbeit sollte folglich nur unter jenen Kräften erfolgen, die gezeigt haben, daß sie für wirkungsvollen Widerstand und Kampf eintreten.

Darüberhinaus sollten wir uns wirklich bemühen, bei der Mobilisierung mit möglichst vielen Initiativen Kontakt zu bekommen, die bereit sind, zu protestieren, sollten möglichst vielen Leuten vermitteln, worum es bei den Protesten gegen den Opernball geht, sollten wir diese Menschen politisch aktiv einbeziehen. Vielleicht sind kleinere Mobilisierungskundgebungen in den Stadtteilen, vor Berufsschulen usw, wie es sie ansatzweise schon zur letzten Aegidi/Spalo-Demo gegeben hat, ein geeignetes Mittel.

4.) Aus revolutionärer Sicht steht als entscheidendes Kriterium bei praktischen Aktionen wie den Anti-Opernball-Protesten, wie es dabei gelingt, die revolutionäre Bewußtheit und Organisiertheit im Kampf für die proletarische Revolution zu heben. Solche Ereignisse sollten und müßten deshalb auch als Gelegenheit benutzt werden, um voranzukommen bei der nötigen Debatte über den Weg und Ziel des Kampfes für den Kommunismus, wo es keine Klassen mehr geben und die Devise lauten wird: Jeder nach seinen/ihren Fähigkeiten, jedeR nach seinen/ihren Bedürfnissen.

5.12.89

*SympathisantInnen der MLPÖ (Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs)*

**"OFFENLEGUNG" LAUT § 25 DES MEDIENGESETZES:**
Als Zentralorgan der MLPÖ ergibt sich die grundlegende Richtung der "Roten Fahne" aus den Feststellungen der Programmatischen Erklärung der MLPÖ:

Die MLPLÖ legt ihrer gesamten Tätigkeit die von Marx, Engels, Lenin und Stalin erarbeiteten wissenschaftlichen Lehren des Marxismus-Leninismus zugrunde, deren Richtigkeit sich sowohl in der Geschichte der österreichischen als auch der internationalen revolutionären Bewegung täglich aufs neue beweist.

Die MLPÖ ist entschlossen, diese Lehren gegen alle Angriffe und Entstellungen zu verteidigen und diese Lehren schöpferisch auf die heutige Weltlage und die konkreten Bedingungen des eigenen Landes anzuwenden, um die revolutionäre Sache hier zum Triumph zu führen und um konsequent ihren Verpflichtungen als Abteilung der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung und des Lagers der proletarischen Weltrevolution gerecht zu werden.

**IMPRESSUM:**
Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ). Verleger und Hersteller: Franz Strobl. Beide 1150 Wien, Goldschlagstr.56/2. Adresse der Redaktion ebenda. Verlags- und Herstellungsort: Wien.

# Anti-Opernball-Plattform '90

## Friede den Hütten - Krieg den Palästen !



**Wolfgang Schüssel,** Wirtschaftsminister: „Der Opernball ist ein einmaliges großes, herrliches Geschäftstreffen zwischen der österreichischen Industrie, der Finanzwelt und den ausländischen Geschäftspartnern. Das vergißt man oft."

Bild: Kluger

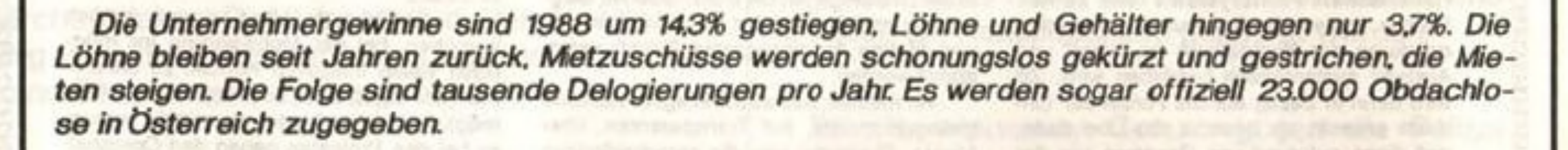
**Wir nicht !**

Aus: Kurier, 25.2.1990

*Dieses Jahr feiern die österreichischen herrschenden Ausbeuter, Unterdrücker, Kapitalistenschweine, Sklaventreiber, Blutsauger und Volksverblöder mit ihren internationalen Komplizen wieder besonders genüßlich ihren Opernball:*

*"Hochkonjunktur" hier, dicke Dividenden an der Wiener Börse, Euphorie über einträgliche Gewinnaussichten im Osten und anderswo, das alles auch NOCH bei weitgehender "Ruhe an der Heimatfront"! Tatsächlich lebt diese KLEINE MINDERHEIT von Profiteuren in Saus und Braus des materiellen Überflusses, in der FÜR SIE "denkbar" besten Gesellschafts"ordnung".*

*WIR ABER TRAGEN DIE KOSTEN DAFÜR, zum Beispiel:*



*Die Unternehmergewinne sind 1988 um 14,3% gestiegen, Löhne und Gehälter hingegen nur 3,7%. Die Löhne bleiben seit Jahren zurück, Mietzuschüsse werden schonungslos gekürzt und gestrichen, die Mieten steigen. Die Folge sind tausende Delogierungen pro Jahr. Es werden sogar offiziell 23.000 Obdachlose in Österreich zugegeben.*

*Die Arbeiter/innen werden durch Rassismus, Sexismus usw. gegeneinander ausgespielt: Das ermöglicht zusätzliche Profite. Frauen verdienen bei gleicher Arbeit im Durchschnitt um ein Drittel weniger als ihre männlichen Kollegen und tragen durch unbezahlte Hausarbeit und Kinderaufzucht zusätzlich zur Wertschöpfung bei. Frauen werden als sexuelles Freiwild hingestellt. Das Ausländerbeschäftigungsgesetz macht die ausländischen Arbeiter/innen zu "Menschen zweiter Klasse". Ihnen wird die Schuld für höhere Arbeitslosigkeit usw. in die Schuhe geschoben.*

*Einerseits Massenentlassungen in der Verstaatlichten und der Privatindustrie, andererseits mehr als 9 Millionen Überstunden pro Woche.*

*Arbeitshetze wird unter anderem durch neue Arbeitsformen (Teilzeit-, Leiharbeit, Kapovaz etc.) vorangetrieben. Dadurch werden gewerkschaftlich erkämpfte Rechte, Jugend- und Arbeitsschutzbestimmungen konsequent durchlöchert. Arbeitsunfälle, (Berufs-)Krankheiten nehmen zu.*

*Ungefähr eine Million Menschen - Mindestrentner/innen, Teilzeitarbeiter/innen, ausländische Arbeiter/innen usw. sind dazu verurteilt, knapp an oder unterhalb der Armutsgrenze (offiziell S 5134.-) zu leben. Österreichs Waffen, Österreichs Geld und Österreichs Bundesheer und Polizei tragen zur Ausbeutung des überwiegenden Teils der Weltbevölkerung, zu Raubkriegen, Hungersnöten, Umweltkatastrophen usw. bei.*

*Flüchtlinge, die in ihren Heimatländern politisch verfolgt sind, erhalten in Österreich keine Existenzmöglichkeit, werden als völlig rechtlose "Lohndrücker/innen" mißbraucht oder werden ihren Henkern ausgeliefert. Jenen Henkern, wie z.B. TURGUT ÖZAL, faschistischer Machthaber in der Türkei, der gern gesehener Diskussions- und Geschäftspartner bei österreichischen Banken, Aufstandsbekämpfern und Politikern ist.*

*Auch Österreich expandiert verstärkt in osteuropäische Länder. Projekte wie z.B. die Expo dienen dazu, die wirtschaftliche Abhängigkeit der osteuropäischen Länder zu verstärken.*

Fortsetzung S.11



Fortsetzung von S.10

*Die Ausbeuter in Ost und West mißbrauchen die Wut der Völker gegen ihre bisherigen Unterdrücker, um das westliche System dort durchzusetzen und eine von ihnen abhängige Ausbeuterschicht einzusetzen.*

*Die österreichishen Ausbeuter vergeben Wucherkredite. Die Länder, die sie nicht bar zurückzahlen können, müssen ihre Betriebe hergeben (z.B. Polen).*

*So schaut also ihr System aus: Der Reichtum Weniger beruht auf der Armut der Vielen. Die Freiheit der Reichen wird mit allen Mitteln geschützt. Das zeigte sich nicht nur bei Aufständen wie 1918/19, im Juli 1927 und im Februar 1934. Heute werden Polizei und Armee dafür systematisch ausgerüstet und gedrillt. Die Funktion der Polizei zeigt sich bei Folterungen auf den Wachstuben, Zwangsdelogierungen, Abschiebungen, willkürlichen Verhaftungen und Prügeleinsätzen gegen Demos.*

*Wenn es darum geht, linken Widerstand zu bekämpfen (zu eliminieren), arbeiten Polizei und Faschisten einander in die Hände. Faschisten werden von Bundesheeroffizieren ausgebildet und bewaffnet (siehe z.B. Kurier vom 14.1.90).*

*Der Opernball, bei dem die Gstopften und ihre Marionetten nur unter massivem Polizeischutz tanzen und ihre Geschäfte ausdealen können, widerspiegelt die herrschenden Verhältnisse. Gegen die da drinnen, die Verantwortlichen für diese Scheiße, die Steyr- und CA-Manager, die Swarowski und Billa-Bosse, die Hausbesitzer und Spekulanten, die Geheimbündler, Waffenhändler und Koksdealer, Diplomaten aus Ost und West, Industrielle, Kapitalisten, Polizei und "Sicherheits"experten, alte und neue Faschisten aus fast der ganzen Welt, eingeladen und "ehrengeschützt" von Vranitzky, Waldheim, Mock und Co., gegen die stehen wir draußen, um gegen dieses System zu kämpfen und es abzuschaffen.*

*Wir werden auf jeden Fall unser Recht auf Demonstrationsfreiheit versuchen durchzusetzen. Als die Demonstration voriges Jahr verboten wurde, setzten sich tausende über das Verbot hinweg und die Demo konnte stattfinden.*

*P.S.:* ***Einige Rechtshilfe-Tips:***

*Kommt in Gruppen, bleibt zusammen und geht gemeinsam nach der Demo wieder weg.*

*Bildet Ketten, am besten mit Menschen, die ihr gut kennt, schließt auf, laßt keine Lücken entstehen.*

*Vermummt euch.*

*Verhindert bei Angriffen auf die Demo das Entstehen einer Panik, lauft nicht auseinander, Fliehende sind ein beliebtes Ziel.*

*Bei Verhören NICHTS außer Namen, Geburtsdatum und Meldeadresse sagen, Telefongespräch verlangen, Anwält/innen verlangen, nix unterschreiben.*

*WEG MIT DEN NEUEN ASYL-, MIETRECHTS- UND "SICHERHEITS"POLIZEIGESETZEN!*

*SOLIDARITÄT MIT PALÄSTINA, KURDISTAN, EL SALVADOR UND ALLEN UM IHRE BEFREIUNG KÄMPFENDEN VÖLKERN AUF DER ERDE!*

*DIE VERHÄLTNISSE KÖNNEN NICHT VERÄNDERT WERDEN, WENN JEDE/R EINZELNE NUR DIE FAUST IN DER TASCHE BALLT. EINMAL IM JAHR DIE WUT AUF DIE STRAßE ZU TRAGEN IST AUCH NICHT GENUG.*

*GEMEINSAM DEN TAGTÄGLICHEN WIDERSTAND VON UNTEN ORGANISIEREN UND DEN REVOLUTIONÄREN GEGENANGRIFF VORBEREITEN UND ORGANISIEREN!*

*WIR BRAUCHEN DAS PACK NICHT - DIESES AUSBEUTUNGS- UND UNTERDRÜCKUNGSSYSTEM MUß WEG!*

*Vorbereitungsplenum der autonomen-revolutionären und nicht autonomen revolutionären Gruppen*

*(Anfang Februar 1990)*

*Das nachfolgende faksimilierte, scheinbar vom "Arbeitsamt" herausgegebene Flugblatt wurde vor dem Opernball ziemlich bekannt und sogar im ORF-Mittagsjournal erwähnt. Daß sogar politisch aktive und versierte Leute auf diese bittere Karikatur hereingefallen sind und sich darüber als Verhöhnung der Arbeitslosen empörten, zeigt eigentlich nur, daß sowas oder ähnliches heute wirklich schon denk- und vorstellbar ist.*




Liebe Wienerinnen und Wiener

Im täglichen Kontakt mit Ihnen mußten wir feststellen, daß der jährliche kulturelle Höhepunkt der Ballsaison, der Wiener Opernball, bei einigen von Ihnen auf Unverständnis stößt.

Sie meinen vielleicht, das dies nur ein Fest der Reichen und Privelegierten sein kann.

Der Opernball ist jedoch ein Fest für alle Österreicherinnen und Österreicher.

Daher hat sich Ihr Arbeitsamt entschlossen, für alle Nichtbeschäftigten 300 Eintrittskarten zur Verfügung zu stellen.

Für alle, die bis jetzt nur davon träumen konnten, an diesen Ereignis teilzunehmen, wird dieser Traum Wirklichkeit. Die ersten 300 Personen, die sich unter Rathaus, 1010 Wien, Tel.: 40 00-1 melden, erhalten Ihre Eintrittskarte gratis.

Zusätzlich bekommen Sie von der Österreichischen Casino AG einen 100 S-Spiel-Jeton. Die Fa. Demel spendet Ihnen einen kleinen Imbiss und ein Glas Sekt.

Allen glücklichen Gewinnern wünschen wir einen schönen und unterhaltsamen Abend.

Für weitere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung

Ihr

Arbeitsamt. Unser Wissen – Ihre Chance.



Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

**Zum Opernball 1990:**
**FRIEDE DEN HÜTTEN – KRIEG DEN PALÄSTEN!**

# WIR BRAUCHEN DAS KAPITALISTISCHE PACK NICHT!

## *Eine von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Gesellschaft ist möglich und notwendig!*

Auch heuer wieder feiert die Elite der österreichischen Ausbeuter mit ihren ausländischen Kumpanen Opernball. Überschwenglich tanzen die "Wölfe, Schweine und gemeinen Hunde der alten Gesellschaft" in die 90er Jahre hinein. Sie sind voller Euphorie über den vermeintlichen "Endsieg" ihrer Gesellschaftsordnung, über die zu erwartenden zusätzlichen fetten Profite, die ihnen der offene Zusammenbruch der revisionistischen Regimes in Ungarn, der CSSR, der DDR, Rumänien usw. verheißt.

"Es lebe die Leistungsgesellschaft!", "Wer was schafft, hat auch was und darf feiern!" -schallt es uns lauter denn je aus der Protzburg des Kapitals entgegen.

Was haben wir dem eigentlich entgegenzusetzen? Ist die "soziale Marktwirtschaft" wirklich das Beste für alle? Ist wirklich schon alles "in Ordnung", wenn nur noch einige Reformen und Reförmchen ("Polizeibefugnisgesetz"?!) durchgeführt werden? Fehlt nur noch etwas "Umverteilung" und "Mitbestimmung", um eine gerechte Gesellschaft zu erreichen?

Also: Alles leinwand?! GANZ UND GAR NICHT!

Von wegen "sozialer Gerechtigkeit": Der von den Werktätigen produzierte Reichtum wächst ständig, die Produktivität steigt. Aber **der Anteil** der Arbeitenden daran (Lohnquote) **sinkt kontinuierlich**, während die Herrscher über Fabriken, Banken, Gebäude und alle Lebensbereiche (E-Wirtschaft usw.) sich die Taschen immer voller stopfen, immer größeren Reichtum in ihren Händen konzentrieren (siehe "Sozialbericht '88"). Z.B. haben sich allein zwischen 1976 und 1986 die "Besitzeinkommen" **verzehnfacht**! (Vgl. "profil" 6/86).

Diese Gesellschaftsordnung ist gekennzeichnet durch **schreiende soziale Gegensätze** und **massenhaftes ungeheuerliches Unrecht**! Ein einziger Manager kassiert z.B. bei der Elin, VÖEST, den Elektrizitätsgesellschaften oder bei der Semperit jährlich zwischen 4 und 7 Millionen S. Das kann eine Textilarbeiterin nicht einmal in 50 Jahren verdienen. - 1987 stimmte der ÖGB in der Textilindustrie Kollektivvertragslöhnen von 7.500 S **brutto zu** (vgl. "Sozialstaat Österreich - Bei Bedarf geschlossen", Wien 1987, S.22/23).

Vielen von uns geht es **auch absolut** immer schlechter. Ungefähr 1 Million Menschen sind dazu verurteilt, ihr Leben an und unterhalb der offiziellen Armutsgrenze zu fristen. Hunderttausende sind hoch verschuldet, sind durch die horrend steigenden Mieten von Delogierung bedroht. Ausdruck des sozialen Elends sind aber z.B. auch die zunehmende Alkohol- und Medikamentensucht und die extrem hohe Selbstmordrate.

Von wegen "humane Gesellschaft": Wer nicht oder nicht mehr als "gesunde Arbeitskraft" profitabel verwertbar ist, kommt unter die Räder. Ältere, Invalide und Schwerkranke kommen als erstes auf die Kündigungsliste wie kürzlich bei Steyr oder werden erst garnicht eingestellt, wie das bei den ach so "sozialen" Behörden Gang und Gebe ist.

In dieser Gesellschaft **zählt nur der Profit**. Der Gipfel der Profitlogik ist die Tatsache, daß in der ganzen Welt Millionen Menschen verhungern müssen, während gleichzeitig Millionen Tonnen Lebensmittel vernichtet werden, um den Profit nicht fallen zu lassen. Das "Mittagsjournal" berichtete kürzlich: 22.000 Kinder täglich (!) müßten **nicht** sterben, wenn nur 10% der Mittel für die EG-Agrarüberschüsse für diese Kinder verwendet würden.

Selbst imperialistische Institutionen wie die Weltbank müssen zugeben, daß die absolute Verelendung in den abhängigen Ländern im letzten Jahrzehnt extrem zugenommen hat (siehe "Standard", 29.9. und 15.10.89).

Tagtäglich sind wir auch Zeugen dessen, was von der angeblich vorhandenen "ökologischen Verantwortung" zu halten ist. Es kratzt die Monopolherrren einen Dreck,

> Wenn ein einzelner einem andern körperlichen Schaden tut, und zwar solchen Schaden, der dem Beschädigten den Tod zuzieht, so nennen wir das Totschlag; wenn der Täter im voraus wußte, daß der Schaden tödlich sein würde, so nennen wir seine Tat einen Mord. Wenn aber die Gesellschaft Hunderte von Proletariern in eine solche Lage versetzt, daß sie notwendig einem vorzeitigen, unnatürlichen Tode verfallen, einem Tode, der ebenso gewaltsam ist wie der Tod durchs Schwert oder die Kugel; wenn sie Tausenden die nötigen Lebensbedingungen entzieht, sie in Verhältnisse stellt, in welchen sie nicht leben *können*; wenn sie sie durch den starken Arm des Gesetzes zwingt, in diesen Verhältnissen zu bleiben, bis der Tod eintritt, der die Folge dieser Verhältnisse sein muß; wenn sie weiß, nur zu gut weiß, daß diese Tausende solchen Bedingungen zum Opfer fallen müssen, und doch diese Bedingungen bestehen läßt – so ist das ebensogut Mord wie die Tat des einzelnen, nur versteckter, heimtückischer Mord, ein Mord, gegen den sich niemand wehren kann, der kein Mord zu sein scheint, weil man den Mörder nicht sieht, weil alle und doch wieder niemand dieser Mörder ist, weil der Tod des Schlachtopfers wie ein natürlicher aussieht und weil er weniger eine Begehungssünde als eine Unterlassungssünde ist. Aber er bleibt Mord.
>
> Engels, "Die Lage der arbeitenden Klasse in England", 1845, MEW 2, S.324/325.

wenn ihre Tanker die Meere verseuchen, wenn eindeutig unter ihrer Kontrolle stehende Regierungen die Regenwälder abholzen, oder durch Gifthalden die Gesundheit und das Leben Tausender akut bedroht werden. Es läßt sie kalt, wenn bei sogenannten "Betriebspannen" wie der Giftgaskatastrophe in Bhopal/Indien Zehntausende sterben oder erblinden.

"Für den Profit der Reichen, gehen sie über Leichen" - Das zeigt sich bei den unzähligen Massakern und Kriegen, welche die Imperialisten ständig durchführen oder durchführen lassen, in Palästina, Panama usw. In Halabja/Kurdistan wurde vor etwa einem Jahr eine ganze Kleinstadt mit Giftgas ausgerottet. Die irakische Armee hat jetzt erneut ein solches Pogrom an Tausenden Kurden veranstaltet. Die Mittel dazu stammen direkt aus den Chemiefabriken in den imperialistischen Metropolen. Die "Humanität" besteht dann darin, anschließend ausgewählte Opfer einzufliegen, um die Wirkung der neuesten C-Waffen "wissenschaftlich zu untersuchen".

Und ein solches verfluchtes System, welches das alles hervorbringt, stellen sie als das schönste und erstrebenswerteste, ja als Gipfel- und Endpunkt der Entwicklung der Menschheit hin!

In Wirklichkeit zeigen all diese eklatanten Widersprüche und Eiterbeulen, daß dieses Ausbeutersystem schon längst reif, ja überreif ist, gestürzt und beseitigt zu werden.

Seit über 100 Jahren versucht man uns einzureden, daß es schließlich doch immer besser werde. Aber es kam im Grunde immer ärger und es hat sich letztlich nur immer wieder bestätigt:

Innerhalb dieser bürgerlichen Ausbeuterordnung gibt es keinen Ausweg für die Ausgebeuteten und Unterdrückten. Diese "Ordnung" kann nicht durch Reformen grundlegend geändert werden. Das aber bedeutet, Widerstand allein genügt nicht. Über die notwendigen Abwehrkämpfe hinaus müssen vor allem die revolutionären Kräfte gesammelt werden für eine **Kriegserklärung an die gesamten herrschenden Verhältnisse**, an die herrschende Klasse und ihren Staat. Deshalb ist für uns der militante Protest gegen den Opernball vor allem das **Symbol** der Notwendigkeit, dieses gesamte imperialistische System und seinen Staat, mit all seinen Stützen und Bestandteilen in der gewaltsamen, bewaffneten Revolution des Proletariats in Stücke zu schlagen.

## ES GIBT KEINE ALTERNATIVE ZUR PROLETARISCHEN REVOLUTION!

Heute wird auf immer größerer Stufenleiter, gesellschaftlich produziert. In jedem Betrieb und in der ganzen Gesellschaft gibt es tausendfache Arbeitsteilung. Niemand kann mehr sagen, ein Produkt allein gemacht zu haben. Aber alles was so produziert wird, gehört einer kleinen Minderheit von Unternehmern, welche die Produkte als Waren verkaufen, als ob das ihre Privatangelegenheit sei. Ursache dafür ist das Monopol der Klasse der Kapitalisten an den wichtigsten und entscheidenden Produktionsmitteln, wodurch die große Masse der Besitzlosen genötigt ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um existieren zu können. Der Arbeiter erzeugt im Dienste des Kapitalisten nicht nur den Wert seiner Arbeitskraft wieder, den er mehr oder weniger bezahlt erhält, sondern er erzeugt darüber hinaus einen **Mehrwert**, den sich der Kapitalist unentgeltlich aneignet. Produziert wird in diesem System nur für den maximalen Profit der Kapitalisten.

Letztendlich liegt die Wurzel des ganzen Elends also im kapitalistischen Privateigentum begründet. Und genau hier muß auch angesetzt werden, um alle diese Übel aus der Welt schaffen zu können: Die Kapitalisten müssen enteignet, das Privateigentum an Produktionsmitteln als Grundlage der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen muß beseitigt werden.

Im Grunde ist das ein leicht nachvollziehbarer Gedanke: Das, was gesellschaftlich produziert wird, muß auch gesellschaftlich angeeignet werden, damit wirklich planvoll für die Bedürfnisse der Menschen produziert werden kann.

Auf dieser Grundlage kann tatsächlich ein ganz anderes Leben aufgebaut werden:

* Heute wird zwar in jedem einzelnen Betrieb alles bis aufs kleinste geplant und riesige Unternehmen "planen" sogar gemeinsam z.B.ihren Absatz. Aber gleichzeitig geht die heftige Konkurrenz unter diesen gigantischen Unternehmen weiter. Unter anderem deshalb bleiben Krisen unvermeidlich. - Wird das Privateigentum an den Fabriken und Werken abgeschafft, so fällt auch die mörderische kapitalistische Konkurrenz samt ihren absurden Konsequenzen weg. Beseitigt werden kann die ungeheure Vergeudung und Verheerung von Produktivkräften und Produkten, wie z.B. die Vernichtungsaktionen von Lebensmitteln, und natürlich auch die völlig widersinnig aufgeblähten Kosten der Konkurrenz wie "Marketing und Werbung";

* Heute ist die Einführung neuer Technologien für die Werktätigen ein Fluch. Denn sie dient nur der Erhöhung des Profits, steigert die Arbeitshetze, führt zur Entlassung der "überflüssigen Arbeitskräfte". - Sind die Arbeiterinnen und Arbeiter dagegen selbst die "Herren" der Fabriken, so können neue Technologien wohlüberlegt zur effektiven Erleichterung und Verkürzung der Arbeit eingesetzt werden; dann gibt es auch nicht mehr den Widerspruch, daß die einen im Betrieb bis zum Umfallen Überstunden machen müssen, während die anderen auf der Straße stehen und "nach Arbeit suchen";

* Gar keiner Erklärung bedarf es, daß damit auch die "Beseitigung der blödsinnigen Luxusverschwendung der jetzt herrschenden Klassen und ihrer politischen Repräsentanten" möglich wird, von der Engels seinerzeit schon sprach (vgl. MEW 19, S. 225/226).

Im Grunde ist es doch so: **Die Klasse der Ausbeuter kann niemals existieren ohne die Klasse der Ausgebeuteten. Die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen umgekehrt aber können sehr wohl auch ohne Kapitalisten leben.**

Um diese Tatsache zu verdunkeln, erklären uns die modernen Sklavenhalter, daß ohne "Unternehmertum" jede Initiative erlahmen müsse, weil die angeblich entscheidende Antriebskraft, nämlich die Konkurrenz fehle. Aber die werktätige Bevölkerung kann sicher auf die Aufseher und Antreiber des Profitsystems verzichten, welche sie mit Schikanen und Entlassungsdrohungen, ja mit der Drohung von Hunger zu "mehr Leistung" treiben, deren Früchte offenkundig in ganz andere Taschen wandern.

In Wirklichkeit unterdrückt der Kapitalismus die schöpferische Initiative der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit. Zum Beispiel können sich die Werktätigen heute im Betrieb mit Vorschlägen für die Rationalisierung sowieso nur ins eigene Fleisch schneiden. Sie erhalten dafür vielleicht eine "Belobigung" oder eine lächerliche "Prämie", können damit grundsätzlich aber nur mithelfen, sich und andere "überflüssig" zu machen. - Kommen den Werktätigen dagegen Verbesserungen spürbar und sichtbar selbst zugute, wie das erst im Sozialismus möglich ist, so ist das naturgemäß ein mächtiger Anreiz und Ansporn, initiativ zu werden.



# DER BANKROTT DER REVISIONISTISCHEN LÄNDER IST NICHT DER BANKROTT DES SOZIALISMUS UND KOMMUNISMUS!

"Das ist bloße Utopie, die Realität sieht doch ganz anders aus, schaut euch doch nur den Bankrott des Kommunismus in Rußland, Ungarn usw. an! Euer Sozialismus funktioniert nicht!" - Mit dieser Demagogie wollen die Nutznießer, Vertreter und Beschöniger der kapitalistischen Ausbeuterordnung dem Widerstand jede Perspektive nehmen, unzufriedene Menschen demoralisieren und zur Verzweiflung bringen.

In Wirklichkeit ist seit der **Oktoberrevolution** 1917 historisch bewiesen, daß der Sozialismus sehr wohl funktioniert, daß er dem Kapitalismus tatsächlich haushoch überlegen ist, ja daß er Leistungen zu vollbringen vermag, die in einem kapitalistischen System einfach unmöglich sind.

Zu Lebzeiten Lenins und Stalins wurde in der UdSSR erfolgreich eine neue sozialistische Gesellschaft aufgebaut, die sogar fast ausweglos scheinende Situationen **gemeistert** hat, schwerste Belastungen und Prüfungen wie den Überfall der Hitlerfaschisten **erfolgreich bestand**.

Die Arbeiterdelegationen, die damals aus aller Welt die UdSSR besuchten, waren tief beeindruckt von dem Enthusiasmus, mit dem die Arbeiterinnen und Arbeiter der Sowjetunion an den Aufbau der neuen Welt gingen. Selbst bürgerliche Reporter mußten das zugeben. Und diese Begeisterung war kein Tagtraum von fanatisch "Verblendeten", "Verführten" oder "Betrogenenen", sondern stützte sich auf beeindruckende Tatsachen:

* Zu einer Zeit, da die gesamte kapitalistisch-imperialistische Welt immer tiefer im Sumpf der Krise versank, Millionen von Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße geworfen wurden und die Lebenshaltung der Massen immer mehr herabgesetzt wurde, wurde in der UdSSR die Arbeitslosigkeit beseitigt, wurde der Lebensstandard, das kulturelle Niveau der Werktätigen usw. systematisch erhöht;

* Während die Werktätigen in der alten Welt der Ausbeutung unter der galoppierenden Inflation litten, blieben die Preise in der UdSSR nicht nur stabil, sondern wurden im Laufe der Zeit sogar herabgesetzt.

Diese großen Erfolge waren nur möglich durch die lebendige **proletarische Demokratie**. Zum Beispiel wurden die Wirtschaftspläne keineswegs "von oben her bürokratisch verordnet", sondern umfassend in allen Betrieben und Werken beraten. Es wurden "von unten" regelrechte "Gegenpläne" aufgestellt, welche die Daten der Planentwürfe korrigierten und in vielen Fällen überboten. Erst im Ergebnis solcher Massendebatten im ganzen Land wurden die Planziele festgelegt.

Und wenn damals die gestürzten Ausbeuter, Agenten des Faschismus und Imperialismus durch das als herrschende Klasse organisierte Proletariat, d.h. durch die **revolutionäre Diktatur des Proletariats**, energisch niedergehalten wurden, so war das nur gut und nicht schlecht. - Wen darf's eigentlich wundern, daß die Reaktionäre noch heute von Haß erfüllt sind darüber, daß 35 Jahre lang **praktisch gezeigt** wurde, daß die Arbeiterklasse ganz gut ohne Herren und Blutsauger im Nacken auskommt.

Es ist nicht auszudenken, was eine sozialistische Sowjetunion hätte noch hervorbingen und leisten können, wenn, ja, wenn sie der Machtantritt des modernen Revisionismus Mitte der Fünfzigerjahre nicht völlig ruiniert hätte.

Zu Lebzeiten Lenins und Stalins kamen die Kapitulanten und Liquidatoren des sozialistischen Aufbaus nicht durch. Aber nach 1953, besonders seit dem berüchtigten 20.Parteitag der KPdSU(B) im Jahr 1956, konnten die Chruschtschow, Breshnew und ihresgleichen in den Vordergrund treten.

Diese konterrevolutionären Doppelzüngler hatten sich lange hinter lautstarken "Hoch"-Rufen versteckt und getarnt. Als sie sich aber stark genug fühlten, rissen sie alles nieder, was die Arbeiterklasse und die werktätige Bauernschaft Rußlands unter Führung der Bolschewiki unter größten Opfern aufgebaut hatten. Sie errichteten in den Fünfzigerjahren eine neue reaktionäre Diktatur **über** die Arbeiterklasse und machten aus der bolschewistischen Partei eine Bande von Postenjägern, Emporkömmlingen, Karrieristen und Bürokraten, zu einem Hebel der Machtausübung und Bereicherung einer neuen bürgerlichen Schicht.

Es ist absolut kein Wunder, daß dann die "Stagnationsphase" einsetzte, daß seitdem von der Begeisterung, von dem unbändigen Aufbauwillen nichts mehr zu spüren ist. Die Werktätigen haben sehr wohl gemerkt, daß dies **nicht mehr** ihr Staat ist, daß sie nicht mehr für sich arbeiten, sondern für eine neue ausbeuterische Klasse, die ihnen im Nacken sitzt.

Nachdem sie die Hebel der politischen Macht in Händen hielten, haben die Vorgänger Gorbatschows, die Chruschtschow und Breshnew und Ko., rasch begonnen, die ökonomischen Grundlagen des Sozialismus bis auf den Grund zu zerstören:

**Vor mehr als 100 Jahren erklärte Friedrich Engels:**

"Die Möglichkeit, vermittelst der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsmitgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständige freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert, diese Möglichkeit ist jetzt zum ersten Male da, aber sie *ist da*."

(Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, 1880, MEW 19, S.226)

**Eine aktuelle Illustration dieser Tatsache gibt die folgende Passage aus einem bürgerlichen Buch:**

"Wir produzieren Güter und Dienstleistungen in einem Ausmaß, das jedem ein Leben weit über dem Existenzminimum ermöglichen könnte. Von der jährlich erarbeiteten Wertschöpfung in der Höhe von 1.400 Milliarden Schilling verbleiben den privaten Haushalten nach Abzug aller Steuern und Abgaben 900 Milliarden als persönlich verfügbares Einkommen.

Ein Rechenbeispiel: Könnten alle Bewohner/innen Österreichs, unabhängig davon, ob sie erwerbstätig sind, im gleichen Ausmaß an dieser Summe teilhaben, und stünde Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren die Hälfte des Einkommens von Erwachsenen zu, so entfiele auf jeden Erwachsenen ein monatliches Nettoeinkommen von mehr als 10.000 und auf jedes Kind von 5.000 Schilling. Ein Haushalt, bestehend aus zwei Erwachsenen und drei Kindern könnte bei einer solchen Gleichverteilung der Einkommen über ein monatliches Nettoeinkommen von ÖS 35.000 verfügen, eine alleinstehende Frau mit zwei Kindern von ÖS 20.000.

Würde dieses Geld nur auf die Erwerbstätigen aufgeteilt, wären die Beträge rund doppelt so hoch."

(A.Ernst, K.Federspiel, K.Langbein: "Sozialstaat Österreich - Bei Bedarf geschlossen". Wien 1987, S.27.)

- Unter dem Vorwand, mehr für die Befriedigung der Konsumbedürfnisse der Bevölkerung tun zu wollen, wurde das Primat der Produktion von Produktionsmitteln (Maschinen etc.) aufgeweicht. Die heute hoffnungslos veralteten Maschinen stammen zu einem Großteil eben aus der Zeit der Führung Stalins. Bei Chruschtschows "Gulaschkommunismus" konnten aber nur kurzfristige "Erfolge" herauskommen, weil ohne vorrangige Herstellung von Produktionsmitteln die reibungslose Entwicklung der Volkswirtschaft, die erweiterte Reproduktion, nicht vonstatten gehen konnte, sodaß Stagnation und Krisen unvermeidlich wurden.

- Unter dem Schlagwort der "Dezentralisierung" begannen die Antistalinisten die einheitliche Planwirtschaft zu zerstören. Die Betriebe, genauer gesagt, deren zunehmend mit unternehmerischen "Freiheiten" ausgestatteten Direktoren und Manager erhielten nun die "relative Unabhängigkeit". Damit wurden krisenhafte Erscheinungen wie im "klassischen" Kapitalismus unvermeidlich. Die nunmehr massenhaft auftretenden Mißstände sind gerade Ausdruck derPlanLOSIGKEIT!

- In Bezug auf die "Rentabilität" wurde zu kapitalistischen Maßstäben und Zielen übergegangen. Der einzelwirtschaftliche "Gewinn" trat an die erste Stelle. Die einzelnen Betriebe produzierten nunmehr vor allem das, was am meisten "Gewinn" bringt, nicht was für die Gesamtbedürfnisse der Bevölkerung am notwendigsten war. Das konnte ebenfalls nur zur Verstärkung der Krisenerscheinungen führen, weil nicht mehr wie früher im Interesse der planmäßigen Entwicklung der Wirtschaft die zeitweilige "Unrentabilität" einzelner Betriebe in Kauf genommen wurde, um langfristig die planmäßige Entwicklung des Sozialismus zu gewährleisten.

- Die staatlichen Maschinen- und Traktoren-Stationen wurden von Chruschtschow schon Ende der Fünfzigerjahre den einzelnen Kolchosen als Eigentum übergeben. Damit wurde die Landwirtschaft zur Stagnation verurteilt. Die einzelnen Kolchosen konnten großteils nämlich nicht die Mittel für die notwendigen Erneuerungen und Investitionen aufbringen. Die Landwirtschaft, deren "Reform" als Glanzlicht der chruschtschowistischen "Neuerungen" bejubelt worden war, blieb immer weiter zurück. Die Sowjetunion, die früher sogar Getreide exportieren konnte, mußte nunmehr bei den Kapitalisten auf der ganzen Welt um Weizen betteln.

So wie Gorbatschow heute hatten Chruschtschow, Breshnew usw. versprochen, daß nun alles noch viel besser, daß kommunistischer Überfluß noch rascher erreicht würde. Doch das Gegenteil geschah. Ging es in der UdSSR zu Lebzeiten Stalins wirklich insgesamt **vorwärts**, taumelte die Wirtschaft der Sowjetunion danach von einer Niederlage in die andere. Die Lage der Werktätigen verbesserte sich nicht, sondern es setzte eine immer tiefere Klassendifferenzierung ein, die Kluft zwischen den Einkommen wurde wieder größer und größer. Korruption und Vetternwirtschaft wurden alltäglich. Der Verwaltungsapparat, der früher Schritt für Schritt verkleinert wurde, wurde immens aufgebläht.

Nur knapp zwei Jahre nach Ausrufung der "Perestroika" ist ja auch unübersehbar, daß die von den westlichen Großkapitalisten begeistert beklatschten "Reformen" Gorbatschows nur **die logische Konsequenz dieser Rückentwicklung** sind. In der UdSSR, wie auch in Ungarn, in der Tschechoslowakei usw. treten zunehmend jene Lasten und Konsequenzen in Erscheinung, die von jeher zum "Alltag" der kapitalistisch-imperialistischen Welt gehören: Armut, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Inflation, antisemitische Hetze, Schürung chauvinistischer Konflikte, Massaker gegen die werktätige Bevölkerung.

Tatsächlich ist es also so, daß die von den westlichen Politikern und Medien so genüßlich und in aller Breite präsentierten Mißstände in den sogenannten "sozialistischen Ländern" nicht Ausdruck und Folge des sozialistischen Systems sind, sondern **untrügliches Zeichen der schon vor mehr als 30 Jahren erfolgten und jetzt ihre immer furchtbareren Folgen zeigenden Abkehr vom Sozialismus.**

**Nicht "stalinistische", sondern "antistalinistische" Zustände führten zur Pleite der revisionistischen Länder!**

Das bedeutet auch: Nur auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus können die notwendigen, d.h. revolutionäre Lehren aus der Geschichte der Klassenkämpfe, aus den Siegen wie auch aus den bitteren Niederlagen gezogen werden.

Wir sind sicher, die Ideen des Sozialismus, die Idee der vollständigen Vernichtung des Kapitalismus, die Ideen des Kommunismus werden sich durchsetzen, **weil sie als einzige wirklich einen Ausweg weisen aus den heutigen räuberisch-imperialistischen Zuständen!**

Die Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen in den hochentwickelten imperialistischen Ländern wird durch den ganzen Gang der Entwicklung schließlich geradezu **gezwungen** werden, sich gegen die Verschlechterung ihrer Lage zu erheben, zu kämpfen und sich mit den Fragen der Revolution zu beschäftigen. Sie werden dabei die Argumente der Reformisten und der Revolutionäre prüfen und sich für den Kampf für den Kommunismus, Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse der ganzen Welt, entscheiden. Hierfür zu arbeiten, das ist die entscheidende Aufgabe der nächsten Jahrzehnte beim Aufbau einer wirklich revolutionären, marxistisch- leninistischen Partei.


Rote Fahne
Nummer 238 November 1989 Preis S 10,-
DIE SKANDALÖSE PLEITE DER REVISIONISTISCHEN VERRÄTER-REGIMES UND IHRE FOLGEN
Wessen Pleite?
Aus dem Inhalt

**_MIT ALL UNSEREM HASS UND ALL UNSERER KRAFT FÜR DEN STURZ DIESES ZUM UNTERGANG VERURTEILTEN AUSBEUTERSYSTEMS!_**



# "SICHERHEITSPOLIZEIGESETZ" = "POLIZEIBEFUGNISGESETZ" = POLIZEIBEDÜRFNISGESETZ = EIN NEUER ZUSÄTZLICHER STÜTZPFEILER DES ÖSTERREICHISCHEN POLIZEISTAATS

Die massenhaften und systematischen Prügel- und Mißhandlungspraktiken gehören seit langem immer mehr zum beherrschenden Arbeitsstil der österreichischen Polizei. Das ist in einem solchen Umfang der Fall, daß es selbst bürgerliche Medien und Instanzen (etwa die Volksanwaltschaft!) eingestehen müssen und daß sogar internationales Aufsehen entstanden ist (insbesondere der ai-Bericht). Die in Österreich herrschende Polizeijustiz widerspricht sogar direkt der sogenannten Menschenrechtskonvention, welche die österreichische Bundesregierung daher nicht voll anerkennt.

Wie restlos und rechtlos ausgeliefert das arbeitende Volk dieser Prügelpolizei ist, die sich richterliche Gewalt anmaßt, zeigt eine Anfragebeantwortung Löschnaks im Parlament vom März dieses Jahres. Danach gab es von 1984-89 insgesamt 2.622 Beschwerden gegen das, was beschönigend und die Tatsachen verdrehend "Polizeiübergriffe" genannt wird. 1.480 davon, also mehr als die Hälfte dieser Beschwerden, wurden auf kaltem Weg abgewürgt, großteils mit der Drohung, zu den Prügeln und Mißhandlungen auch noch eine "Verleumdungsklage" angehängt zu bekommen. In den verbleibenden 1.142 Fällen, wo trotz dieser Drohung auf Anzeigen bestanden wurde, kam es zu sage und schreibe 33 Verurteilungen. Das sind nicht einmal 3 Prozent und selbst diese lächerlich wenigen Verurteilungen sind insgesamt so geringfügig, daß es geradezu eine Verhöhung der Mißhandelten ist. Mehr als 97 Prozent der Anzeigen wurden gerichtlich abgeschmettert, d.h. die Schläger freigesprochen. Das ist gleichbedeutend mit einem Gerichtsverfahren gegen die Anzeigenden wegen "Verleumdung", worüber Löschnak aber natürlich keine Angaben macht. So bestätigt Löschnak selbst, daß die in die Tausende gehende Zahl von Menschen, die von Polizisten und Gendarmen gequält und mißhandelt, geprügelt und geschunden werden, dem de facto wehrlos ausgeliefert sind, in mehr als 97 von 100 Fällen auch noch von den Gerichten verhöhnt werden, wenn nicht noch extra Schmalz kriegen!

Da sich diese Zustände einfach nicht mehr ableugnen und verheimlichen lassen, haben die Herrschenden ein paar demagogische Versprechen über Reformen, Korrekturen, Sicherungen usw. serviert und Abhilfe durch entsprechende Gesetzgebung versprochen (weil "Übergriffe" angeblich nur Folge "gesetzfreier Räume" seien). So kam es zu dem zunächst "Polizeibefugnisgesetz" genannten Entwurf, dessen Titel noch die Illusion zuließ, hiermit würden die Befugnisse der Polizei eingegrenzt. Inzwischen wurde der Name dieses Gesetzes aber auf "Sicherheitspolizeigesetz" abgeändert. Damit ist auch der Titel schon unverkennbar aggressiv, die Rolle der Polizei als "Sicherheitsgarant" und "Sicherheitsinstrument" aufwertend.

Das geplante "Sicherheitspolizeigesetz" ist in der Tat ein wahres Polizeibedürfnisgesetz. Dieses bringt ganz massive Einschränkungen der von der Bourgeoisie seinerzeit selbst verkündeten "Grund- und Freiheitsrechte". Mit der Begründung der "Gefahrenvorbeugung" und "Gefahrenabwehr" soll die Polizei nunmehr mit folgenden weiteren Befugnissen ausgestattet werden:

- Das Recht auf jederzeitige Ausweis- und Identitätskontrolle;
- ein Anhalterecht;
- das Recht, Personen, Fahrzeuge, Taschen usw. zu durchsuchen;
- ein "Wegweiserecht", d.h. die Polizei wird befugt, Personen von bestimmten Plätzen "wegzuweisen";
- das Recht, Privatgrundstücke zu betreten und - ohne Hausdurchsuchungsbefehl ! - gewaltsam in Privatwohnungen einzudringen;
- bei Veranstaltungen, zu denen mehr als 2000 Besucher "erwartet" werden, den Zutritt von der Bereitschaft abhängig zu machen, sich durchsuchen zu lassen;
- in Hinkunft sollen auch Kinder unter 14 Jahren festgenommen und bis zu 12 Stunden in Haft gehalten werden können;

● die heute in vielen Fällen gesetzwidrig durchgeführte erkennungsdienstliche Behandlung soll legalisiert werden, ebenso die bisher illegalen Tätigkeiten der Staatspolizei ihre legale Deckung erhalten.

Alle diese "Befugnisse" soll die Exekutive ausdrücklich auch dann erhalten, wenn **kein** Verdacht einer strafbaren Handlung besteht.

Damit werden die tagtäglichen polizeistaatlichen Willkürhandlungen in einem hohen Maß juridisch sanktioniert, noch massiveren Polizeirepressalien wird gesetzlich die Bahn gelegt. Außerdem wird es legal möglich sein, "zur Vorbeugung" personenbezogene Daten zu ermitteln. Die Weitergabe aller Daten an Medien zur Ausforschung von Tätern soll erlaubt werden. Dies gilt für alle Polizeiermittlungen. Damit wird Denunziantentum und Spitzelwesen massiv forciert.

Die angebliche Stärkung irgendwelcher "Bürgerrechte" durch dieses Gesetz ist reine Augenwischerei. Der Innenminister **kann** zwar beispielsweise im Verordnungsweg festsetzen, daß bei bestimmten Maßnahmen der Betroffene eine Vertrauensperson beiziehen kann, daß der Betroffene über bestimmte Eingriffe in seine Rechte in Kenntnis zu setzen ist usw., aber diese Punkte haben **keinerlei Einfluß auf die Rechtmäßigkeit einer "Amtshandlung"**, können nicht eingeklagt werden!

Weiter: Bei der Verletzung eines "Grundrechtes" kann nicht einmal mehr der Verfassungsgerichtshof angerufen werden, der - was praktisch eh kaum vorkommt, zumal es extrem teuer kommen kann - günstigstenfalls dem Kläger auch einen Kostenersatz zusprach. Nunmehr sollen Verwaltungssenate zwischengeschaltet werden, bei denen **kein** Kostenersatz vorgesehen ist. - Die Beschwerdemöglichkeit hängt noch mehr denn je von der Geldbörse ab.

**Beibehalten** wurden bezeichnenderweise die **Beugehaft**-Gummiparagrafen über "Erregung öffentlichen Ärgernisses" und "ungestümes Benehmen gegen ein Organ der öffentlichen Aufsicht"(diese "Delikte" sind die häufigsten Festnahmegründe!). Die Polizei ist ermächtigt, jemanden "solange anzuhalten, bis der Betroffene sein aggessives Verhalten einstellt".

Und **beibehalten** wurde bezeichnenderweise auch eine "Spezialität" des österreichischen Polizeistaats, das **polizeiliche Verordnungsrecht**. Danach kann die **Polizei** Verordnungen erlassen, ihre Einhaltung überwachen und Übertretungen bestrafen. So hat bereits die polizeiliche Auforderung an Hausbesetzer "kummts ausse" als rechtswirksame "Verordnung" zu gelten, deren Nichtbefolgung eine Verwaltungsstrafe nach sich zieht.

Diese Polizeijustiz soll nun sogar in den Rang einer Verfassungsbestimmung gehoben werden. Um eventuelle Lücken bei der "Gefahrenvorbeugung" und "Gefahrenabwehr" abzudecken, soll eine verfassungsmäßige Generalklausel geschaffen werden als Ersatz für das außer Kraft tretende Überleitungsgesetz. Verfassungsmäßig soll ein generelles Anordnungsrecht der Exekutive bei "neu oder in außergewöhnlich großem Umfang auftretenden allgemeinen Gefahren" verankert werden.

Und selbst das soll womöglich nicht genügen. Im "Entwurf" wird gefragt: "Zu prüfen bleibt nur, ob mit einem Verordnungsrecht der Sicherheitsbehörden **das Auslangen gefunden** werden kann, oder ob in der Generalklausel auch eine unmittelbare Ermächtigung der Organe zu **"fakischen Amtshandlungen"** vorgesehen werden soll ("Entwurf", S.10). Das wäre sozusagen die gesetzliche Generalermächtigung jedes beliebigen polizeilichen Vorgehens.

> In allen bürgerlichen Republiken, selbst in den allerdemokratischsten, ist die Polizei (ebenso wie das stehende Heer) das Hauptwerkzeug zur Unterdrückung der Massen, bietet sie die Gewähr für eine stets mögliche Umkehr zur Monarchie. Die Polizei prügelt das „gemeine Volk" in den Revieren sowohl von New York als auch von Genf und Paris; sie übt Nachsicht gegenüber den Kapitalisten entweder, weil sie sich direkt bestechen läßt (wie in Amerika usw.), oder dank einem System der „Protektion" und „Fürsprache" reicher Leute (Schweiz) oder dank beider Systeme (Frankreich). Da die Polizei vom Volke getrennt ist, eine besondere Berufskaste bildet, sich aus Leuten rekrutiert, die zur Gewaltanwendung gegen die ärmere Bevölkerung „abgerichtet" sind, die einen etwas höheren Lohn erhalten und die Vorrechte der „Macht" genießen (von den „legalen Sporteln" ganz abgesehen), so bleibt sie unter der Herrschaft der Bourgeoisie in jeder demokratischen Republik unvermeidlich ihr zuverlässigstes Werkzeug, ihre Stütze, ihre Schutztruppe.
>
> Lenin, "Die Hauptsache vergessen", Werke Bd.24, S.347.



**Das** sind die "Reformen", die sie versprochen haben, **so** sieht das aus, was sich die hierzulande Herrschenden und immer maßloser werdenden Polizeischädel als "Verbesserung" vorstellen. **Das** ist ihre Antwort auf die in Österreich selber und international vorgebrachten berechtigten Klagen gegen Polizeiwillkür und Polizeijustiz: sie nicht begrenzen, sondern noch gesetzlich absichern und bis zu Formen ausweiten, die an einen permanenten Ausnahmezustand erinnern!

Alles das zeigt noch deutlicher, daß die gesetzlichen Rechte und Freiheiten, die der bürgerliche Staat feierlich verkündet hat (Hausrecht, Versammlungsrecht usw.) und derer er sich so gerne rühmt, "Rechte" und "Freiheiten" **auf jederzeitigen Widerruf** sind, ein Luxus sozusagen, den sich der kapitalistische Staat nur dort und dann, nur insoferne und so lange leistet, als ihm das nützlich erscheint.

Gewiß hat das Volk in einer bürgerlichen Demokratie gewisse "Rechte" und "Freiheiten" - aber nur solange es keinen **wesentlichen** Gebrauch davon macht. Tut es das oder schickt es sich auch nur an, das zu tun, hagelt es auch schon alle möglichen Einschränkungen dieser Rechte und bereitet man ihre gänzliche Aufhebung mit Hilfe des staatlichen Machtapparates vor.

Die Zielrichtung der Verschärfung der Polizeimethoden ist eindeutig. Es geht ausdrücklich um den "Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen der Republik vor ANGRIFFEN INNERHALB DES STAATSGEBIETES" (Begründung zum "Sicherheitspolizeigesetzes" S.6), d.h. um die Sicherung der kapitalistischen Ausbeuterordnung gegen die von ihr Niedergehaltenen.

Staatstreue bürgerliche Demokraten empören sich über den Gesetzentwurf: "Generell unterstellt dieser Entwuf jedem einzelnen Bürger, daß er ein **potentieller Gesetzesbrecher** ist" (siehe "Bürger beobachten die Polizei", Bericht 1/1990, S.5).

Die staatliche "Unterstellung" ist tatsächlich jedoch **nicht** aus der Luft gegriffen. Die politischen und wirtschaftlichen Machthaber wissen sehr wohl, daß die verschärfte Ausbeutung, Sozialabbau, Massenentlassungen usw. früher oder später Widerstand und Kampf dagegen hervorrufen. Dabei wird die Kampfbewegung der werktätigen Massen unweigerlich auch an die Grenzen der von den kapitalistischen Machthabern gemachten Gesetze stoßen und diese "übertreten" müssen, wenn sie nicht ewig Knechte bleiben wollen.

Die Herrschenden selbst glauben auch keineswegs an ihre eigene Demagogie, daß der Marxismus, der Leninismus und die Idee der proletarischen Revolution "endgültig tot" seien und jegliche Wirkungskraft eingebüßt hätten. Sie erkennen sehr wohl die "Gefahr", daß die revolutionäre Theorie gewaltige, umstürzende Kraft erlangt, wenn sie die breiten Massen erfaßt. Daher betreiben sie systematisch die präventive Konterrevolution und rüsten den Polizei- und Justizapparat gegen die potentielle Gefahr revolutionärer politischer Bewegungen auf.

Dagegen hilft kein "Appell" an die "Vernunft" und "Aufgeklärtheit" der Herrschenden. Eine Versöhnung, eine Mauserung der Machthaber zu bürgerfreundlichen Funktionsträgern kann es nicht geben. Der "moderne" bürgerliche Staat unterscheidet sich zwar in manchem von seinen Vorläufern, weil er nicht alten Sklavenhaltern oder Feudalherren dient, sondern Instrument der Bourgeoisie ist. Aber zur Unterdrückung der modernen Sklaven, der Lohnsklaven, bedient er sich sogar noch wirksamerer Mittel. Unzählige einfache Menschen haben dies schon im kapitalistischen "Alltag" am eigenen Leib erfahren müssen und dabei oft genug Schäden fürs ganze Leben davongetragen, garnicht zu reden von jenen Fällen, in denen Polizisten oder Faschisten buchstäblich zu Mördern der von ihnen Verfolgten werden. Die Klasse der modernen Sklaven, das Proletariat, ist aber insgesamt der Klasse der modernen Sklavenhalter heute zwar in anderen, moderneren Formen, inhaltlich aber nicht weniger effektiv ausgeliefert als es die Ausgebeuteten früherer Gesellschaftsordnungen waren. Sie unterliegen einer grausamen bürgerlichen Klassendiktatur, die durch die parlamentarisch-demokratische Herrschaftsform lediglich verschleiert wird. Und um ihre reaktionäre Herrschaft zu sichern, schrecken die Ausbeuter auch vor äußersten Grausamkeit nicht zurück. Deshalb muß sich die Arbeiterklasse ihrerseits mit aller Konsequenz rüsten, um diesen ganzen Staatsapparat in der proletarischen Revolution zu zerschlagen, um jene revolutionären, völlig neuen Machtorgane zu errichten, die zu ihrer Emanzipation nötig sind.



# Rolle und Tätigkeit der STAPO zeigen den wahren Charakter dieses Staates als demokratisch verbrämte Diktatur der Bourgeoisie

Groß und laut war die heuchlerische Entrüstung der hierzulande Herrschenden über die diversen Stapos und Stasis in den revisionistischen Ländern. Die Gelegenheit wurde weidlich genutzt, um massenhaft antikommunistische Hetze gegen die angeblich "sozialistischen", "totalitären Diktaturen" im Osten zu verbreiten.

Natürlich haben wir nicht die leisesten Sympathien zu diesen Beschnüffelungs- und Unterdrükkungsinstrumenten der revisionistischen Arbeiterverräter, die unter dem antistalinistischen Geschrei nach mehr "Freiheit" und "Demokratie" ungeheuer aufgeblähte Unterdrückungsinstrumente ***gegen*** die arbeitenden Massen installiert haben. Die "Stasi", "Securitate", der "KGB" usw. waren bzw. sind jeweils Teil eines Unterdrückungsapparates, welcher die Pfründe einer neuen Herrenschicht schützen und vermehren hilft. Gegen die schamlose Bereicherung der revisionistischen Machthaber ging der Stasi genausowenig vor wie die Stapo gegen die Korruptionsgeschäfte der staatlichen und privaten Kapitalisten hierzulande. Dagegen wurde jeder Widerstand und jeder Protest gegen die Machenschaften der Bürokraten und Bonzen von denen, die selbst schon längst jeden Sozialismus abgeschafft haben, als "antisozialistisch" niedergemacht. Gerade auch an dieser Verlogenheit entzündete sich der Haß breiter Massen gegen diese Agenturen ihrer Unterdrücker.

Das tatsächlich als herrschende Klasse organisierte Proletariat würde ganz gewiß mit geeigneten Mitteln und besonders geschulten Abteilungen gegen die gestürzten Ausbeuter, reaktionäre Kräfte und Agenten des Imperialismus vorgehen. Aber eine wirklich revolutionäre Macht bräuchte dazu nicht eine so aufgeblähte Maschinerie, weil sie die Unterstützung und Sympathie der breiten Massen hätte, die zutiefst daran **interessiert** wären, daß die Versuche der Restauration ausbeuterischer Verhältnisse vereitelt werden.

Aber ebenso entschieden wenden wir uns gegen die freche Demagogie und bodenlose Heuchelei der Sachwalter des österreichischen Großkapitals.

Einerseits verwenden sie das Wort "Stasi" oder "Securitate" als Synonym für eine berufsmäßige Mörderbande. Das Bestehen solcher Institutionen werten sie allein schon als Beweis finsterster Despotie. Genüßlich berichten sie über jede in anderen Ländern organisierte Menschenjagd nach vermeintlichen oder wirklichen Securitate-Agenten und Stasi-Spionen.

Andererseits haben sie gleichzeitig aber im eigenen Land einen viele hundert Angestellte und viele tausende Spitzel umfassenden Stapo-Apparat aufgebaut, der selbst jeder auch nur formellen parlamentarischen Kontrolle entzogen ist und auf der fragwürdigen "gesetzlichen Grundlage" aus der finstersten Zeit der Habsburgerdiktatur nach der blutigen Niederschlagung der 1848er-Revolution agiert. Dieser Spitzelapparat wird mit stets wachsenden Geldmitteln ausgestattet, führt auf modernste Technik gestützt Schnüffelaktionen in Massenumfang durch und hat riesenhafte Überwachungs- und Spitzelkarteien zur "Erfassung" möglichst aller Staatsbürger und aller hier lebenden Menschen angelegt. Dieser gewaltige Apparat fungiert dabei sogar als kostenloses direktes Werkzeug der großen Kapitalskonzerne und Privatunternehmer und versorgt auch andere Staaten mit Spitzelakten über in Österreich lebende und arbeitende Menschen usw.

Als in der geradezu als Musterland der "Demokratie" hochgelobten Schweiz der riesenhafte Umfang der Bespitzelung und "Observierung" zehntausender ahnungsloser Einwohner für einige Augenblicke sichtbar bzw. abschätzbar wurde, heuchelten österreichische Politiker und Medien "Verwunderung" und "Erstaunen", sprach man von einem "Skandal", der natürlich sogleich untersucht und beseitigt würde.

Unmittelbar darauf wurden, fast zufällig, einige Zipfel des dichten Vorhangs gelüftet, der in Österreich schon jahrzehntelang die vielfältigen Umtriebe der STAPO abschirmt und versteckt. Dabei zeigte sich, daß Österreich diesbezüglich der Schweiz keineswegs nachsteht. Einige Zeitungen und Politiker schwangen sich sogar dazu auf, in diesem Zusammenhang auch hier von einem "Skandal" zu sprechen und "Reformen" zu fordern. Aber handelt es sich denn wirklich um eine Art von "Übergriffen", "Entgleisungen" oder um einen "Skandal" im Sinne einer Gesetz- oder "Ordnungs"-Widrigkeit? Es ist ein "Skandal" ebenso wie die ganze in Österreich herrschende "Ordnung" ein Skandal ist. Jedenfalls sind die Bespitzelungs- und die damit verbundenen Repressions- und Unterdrückungsaktivitäten einer STAPO oder wie immer sie heißen mag, eine ständige, gewissermaßen "normale" und "selbstverständliche" Praxis in jeglichem Staat, der von Ausbeutern beherrscht wird und dessen entscheidender Zweck es ist, die Beherrschten und Ausgebeuteten niederzuhalten, ihren Widerstand und ihr Aufbegehren womöglich schon im Keim zu ersticken, wozu eben die möglichst allseitige und lückenlose Observierung, Beobachtung und Bespitzelung des Volkes erforderlich ist.

Und so ist es auch durchaus folgerichtig, wie der Innenminister eines solchen Staates, das prominente Mitglied des SPÖ-Parteivorstands Löschnak, am 23.März bei einer Pressekonferenz über die "Reorganisation der Staatspolizei" reagiert hat, nachdem die ärgste Erregung über die Handlangerdienste der STAPO als unmittelbare Spitzelagenur der Unternehmer kaum noch abgeklungen war: Stapo-Auskünfte an die Unternehmer könnten durchaus legalisiert werden, damit Vertrauensposten, Betriebsgeheimnisse usw. nicht in falsche Hände kommen könnten. Löschnak berief sich dabei auf die "beachtlichen Vorstöße der Industriellenvereinigung und Bundeswirtschaftskammer für eine personenbezogene Sicherheitsüberprüfung, da in gewissen Branchen technologisches Know-how und Entwicklungen im Interesse Österreichs zu schützen seien". Auch sei eine "finanzielle Abgeltung" denkbar (siehe "Wiener Zeitung", 24.3.1990).

Das bedeutet: Nicht die Tatsache, nicht diese unmittelbare "Dienstleistung" der österreichischen STAPO für das Großkapital sei der Fehler, sondern die Sauerei sei, daß ihr die konkrete gesetzliche Grundlage fehle. Also wird die Sauerei "bekämpft" und unter Berufung auf das "Interesse Österreichs" in eine hochanständige Sache verwandelt, indem man sie zum Gesetz erhebt! Alle Sauereien werden "beseitigt", indem man ihnen einen entsprechenden Gesetzestext als "legales" Fundament unterschiebt! Wenn der Polizei ausdrücklich alles per Gesetz erlaubt wird, was manche Leute als Polizeiwillkür, als groben Mißbrauch ihrer Befugnisse, als Polizeiübergriffe usw. bezeichnen, dann hat sich doch tatsächlich alle "Willkür", jeder "Mißbrauch", jeder "Übergriff" aufgehört und wird nur noch streng nach Gesetz gehandelt, wie sich das für einen Rechtsstaat gehört!

*Danzinger, oberster Polizei-Chef von Wien, rechtfertigte den Großteil der Stapo-Akten und -Aktionen so: **"Ein großer Teil dieser Akten betrifft sicher Fremde, Studenten, Gastarbeiter, Gegner des Schah von Persien, Anhänger (??), Palästinenser, Iraker, Kurden."*** *("Kurier", 4.3.1990)*

*Das "Feindbild" dieses Herrn ist nicht etwa nur dümmlich, sondern teilweise doch auch etwas überholt. Denn der Schah ist seit längerem tot und an die Stelle seines faschistischen Regimes ist vor mehr als 10 Jahren das der faschistischen Islamischen Republik getreten.*

# DIE HETZE DER "KJÖ"-REVISIONISTEN UNTERSTÜTZT DIE ARBEIT DER STAPO!

Tatsache ist, daß die Stapo systematisch auf allen Demonstrationen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer filmt. Zum einen dient das der unmittelbaren Kriminalisierung selbst der leisesten Formen von Widerstand. So haben solcherart "Identifizierte" schon oft Tage und Wochen nach Protestkundgebungen Strafanzeigen zugeschickt bekommen. Darüber hinaus hat dieses systematische Observieren und Erfassen einen weiterreichenden konterrevolutionären Zweck: Es sollen so viele Informationen über fortschrittliche oder revolutionäre Menschen wie möglich gesammelt, "Strukturen" und "Verbindungen" sollen herausgefunden werden. Das geschieht als gezielte Vorbereitung darauf, in Zukunft, wenn die Herrschenden das für nötig halten, großangelegte Massenverhaftungen durchzuführen, um der fortschittlichen und revolutionären Bewegung Schläge zu versetzen oder sie überhaupt zu zerschlagen.

Außerdem bleibt dieses Filmmaterial bekanntlich wie andere Stapo-Daten durchaus nicht nur bei der Stapo für deren Zwecke, sondern wird in großem Umfang weitergegeben. Kolleginnen und Kollegen werden von der Stapo bei "ihren" Unternehmern als Aktivisten denunziert. Noch bedrohlicher ist die Gefahr, daß die Stapo dieses Material an faschistische Organisationen weiterspielt, damit diese gezielte Terroraktionen gegen fortschrittliche Kräfte unternehmen. Das ist von daher schon zwangsläufig, weil gerade die Exekutive einen hohen Anteil faschistischer Kräfte hat (so war 1988 etwa der Landtagslistenführer der neofaschistischen Liste in Niederösterreich "Ein Herz für Inländer" der Revierinspektor im Landesgendarmeriekommando Niederösterreich Blochberger).

Sich dagegen in geeigneter Form zu schützen, um der Staatspolizei bzw. dem Heeresnachrichtenamt die Arbeit nicht noch zu erleichtern, ist absolut richtig. Das hat auch überhaupt nichts damit zu tun, wie man manchmal hört, nicht offen dafür einzustehen, wofür man demonstriert. Im Gegenteil, wer dieses Problem nicht ernst nimmt, ist entweder äußerst naiv oder nimmt sein eigenes Engagement nicht sehr ernst. Das Vermummen ist nicht nur ein wichtiger Akt des Selbstschutzes, sondern außerdem auch ein wichtiger Akt aktiver Solidarität mit den am meisten Betroffenen. Wer in den reaktionären Chor gegen die "Maskierten" einstimmt, unterstützt faktisch die Arbeit der Stapo!

Daß die "Kronenzeitung" und dergleichen offen reaktionäre Hetzer das machen, ist klar. Aber genau das macht auch die "KJÖ", genauer gesagt die"KJÖ Linz/Süd" in ihrem Schwachsinnsblatt "Die Kapuste" (siehe Faksimile). Das "KJÖ"-Blättchen beschimpft alle jene Demonstranten, die sich aus gutem Grund gegen polizeiliche "Erfassung" zu schützen suchen, als schändliche Feiglinge und will sie so zwingen, sich den Stapo-Fotografen unverhüllt und deutlich erkennbar zu zeigen. Es agiert damit buchstäblich als Stapo-Handlanger. Daß dieser Dreck, der sich über mehrere Seiten hinzieht, ***kommentarlos*** in dem Wiener Autonomen-Organ "anti" abgedruckt wurde, ist wirklich arg.






# ZUR DEMONSTRATION GEGEN DIE STAPO AM 15.3.1990 IN WIEN UND ZUM MLPÖ-FLUGBLATT DAZU

*Das nachfolgend abgedruckte Flugblatt der MLPÖ wurde auf einer vom "Personenkomitee für direkte Demokratie" veranstalteten Demonstration "Für die Abschaffung aller Geheimdienste - Her mit den Akten" am 15.3.1990 verteilt. An dieser Demonstration nahmen zirka 800 Leute teil.*

*Zu dem in großer Eile entstandenen Flugblatt gibt es zwei Kritiken, die wir richtig finden:*

*Die eine ist, daß die im Grunde nur angedeutete kurze Polemik im Kästchen, daß die Ablehnung der "Austragung sozialer Konflikte mit dem Knüppel" ein "frommer Wunsch" sei, nicht ausreicht. Die Stelzhammer-Partie, die "KPÖ"-Macher und diverse Anhängsel versuchen ja bei jeder Gelegenheit (siehe Opernball) mit ihrem hinrissigen Gefasel von der "Gewaltlosigkeit" den Verstand der Leute zu verkleistern und damit jegliche militante Handlungsfähigkeit abzutöten. In dieser Richtung hatten sie auch dieser Demonstration "erfolgreich" den Stempel aufgedrückt. Mit allen möglichen "lustigen Gags" wurde von ihnen das Aufkommen einer kämpferischen Stimmung verhindert.*

*Die andere Kritik betrifft den Zwischentitel des Flugblatts:* ***"Wird sich durch das Auffliegen des 'Stapo-Skandals' etwas ändern?"****. Daß sich an den gegebenen Zuständen ohne Revolution grundsätzlich nichts ändern wird, ist zwar nicht falsch, darüber dürfen keine Illusionen zugelassen werden. Aber gerade bei weniger bewußten Leuten wirkt derlei Feststellung allzuleicht demobilisierend, kann sie in der Richtung mißverstanden werden, daß der Kampf dagegen sowieso nichts nütze, also vergeblich sei. Ganz entschieden muß in unserer Agitation und Propaganda herauskommen, daß entschlossene Mobilisierung notwendig ist; und zwar nicht um reformerisch eine "bürgerfreundliche Polizei" zu erreichen, sondern zum unmittelbaren Widerstand gegen die zunehmende Repression durch den österreichischen bürgerlichen Polizeistaat, einen Widerstand, der selbstverständlich zeitweilige und teilweise Erfolge erzielen kann, vor allem aber eine unersetzliche Schule für die Erkenntnis ist, daß eine grundsätzliche Veränderung nur durch die Zerschlagung dieses Staatsapparats in der proletarischen Revolution möglich ist.*

**WEITERE ARTIKEL ZUM THEMENSCHWERPUNKT DIESER NUMMER:**

* **Die bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus hervor!**
  **(RF 210, 1983)**
* **Zu den Opernball-Ereignissen 1987: Polizeistaat in Aktion!**
  **(RF 227, 1987)**
* **Zu den Ereignissen um die Ägidigasse in Wien: Alarmierende Verschärfung der Polizeistaatspraktiken**
  **(RF 223, 1986)**
* **Der Totentanz um die Habsburgerin - Ein weiteres alarmierendes Kapitel in der Geschichte der 2.Österreichischen Republik**
  **(RF 235, 1989)**

*Das MLPÖ-Flugblatt zum 15.März 1990:*

# DIE STAATSPOLIZEI – TEIL DES GEWALTAPPARATS DER BOURGEOISIE GEGEN DIE ARBEITERKLASSE

Inzwischen bestätigen auch bürgerliche Medien, daß die von Löschnak zugegebenen Stapo-Geheimakten über 59.000 Personen nur ein geringer Bruchteil jenes Datenmaterials ist, das von der Stapo, von der "Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrors", vom HNA und HND seit Jahrzehnten zusammengetragen wird (siehe "profil" 10/1990, S.24).

Zugegebenermaßen schnüffeln tagtäglich 800 Stapo-Beamte, 1300 HNA- und HND-Spitzel und tausende Konfidenten, darunter Personalchefs, Pfarrer und Hausmeister (siehe "Standard", 27.2.1990). Mit modernsten Technologien werden die so gewonnenen Daten systematisiert, ausgewertet ("Sigma/Iris" u.a.) und international ausgetauscht (Trevi-Gruppe).

Daß die Polizei dem "inneren Schutz des Staates" dient, ist offensichtlich. Aber daß die Stapo auch als direkte Servicestelle für die Bespitzelung von Belegschaften agiert, hat manche doch gewundert. Löschnak gab zu, daß es pro Jahr allein in der Stapozentrale 600 bis 700 Aufträge von Unternehmen gegeben hat, dazu noch "zigtausend" in den nachgeordeten Abteilungen der Stapo ("Standard", 27.2.1990). Wiederholt wurden auch Heeresakten an private Detektivbüros und an "interessierte Firmen" weitergegeben (vgl. "profil" 10/90, S.28).

Das Magazin "profil" veröffentlichte kürzlich Auszüge aus ausführlichen Dossiers der steirischen Staatspolizei über die gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten der Noricum-Arbeiterinnen und -Arbeiter ("profil" 10/1990, S.25).

Solche Spitzel-Dossiers werden bei der Noricum alle zwei Monate erhoben. Das "profil" bestätigt, daß solche systematischen Aufzeichnungenn über die Belegschaften *aller* österreichischen Großbetriebe existieren!

## WIRD SICH DURCH DAS AUFFLIEGEN DES "STAPO-SKANDALS" ETWAS ÄNDERN?

Jetzt gibt es viel "Selbstkritik" über die Stapo-Tätigkeit. Die *Grenzen der erlaubten Kritik* wurden aber sehr rasch und mit aller Deutlichkeit gezogen. Der "Kurier" warnte: Die "*klassischen Staatsinistitutionen wie Heer und Polizei*", die "*Fundamente des Staates*" dürften keinesfalls "*angeknabbertt*" werden (3.3.90). Vranitzky betonte, daß es auch in Zukunft "*eine staatspolizeiliche Behörde*" geben werde (siehe "Standard", 28.2.90).

Und einig sind sie sich vor allem darin: Von der "Offenlegung" von Spitzelakten sind Daten über "*politische Gewalttäter*" von vornherein ausgeschlossen ("Standard", 28.2.1990), also alle "Staatsfeinde", die sich zur revolutionären Gewalt bekennen oder zumindest Militanz nicht ablehnen. Das alles zeigt, *wer wirklich im Fadenkreuz der Staatspolizei steht und dort auch mehr denn je stehen wird.* Ja, mit der Forderung, die Stapo von allen "unnötigen" Aufgaben zu entlasten, wird gerade die Effektivierung dieser eigentlichen Aufgabe der Stapo gefordert.

Der ach so fortschrittliche Abgeordnete Pilz ist sich im Kern mit den anderen Bürgerlichen einig, daß gegen "politisch Kriminelle" vorgegangen werden muß. Nur hält er dafür "Spezialisten der Kriminalpolizei" für geeigneter (apa-Meldung 28.2.90). Dasselbe also in "grün"!

Löschnak und Co. distanzieren sich nun scheinheilig speziell von den Spitzeldiensten für das private und staatliche Kapital. Das hat aber nur einen demagogischen Grund. Würden sie diese Praktiken nämlich als "rechtmäßig" anerkennen, so ließe sich kaum noch der Betrug aufrechterhalten, daß dieser Staat neutral über den Klassen stehe. Zu offenkundig und nackt würde dann die Tatsache zum Vorschein kommen, daß dieser Staat das Unterdrückungsorgan der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist. Die kapitalistischen Machthaber haben heute jedoch noch ein starkes Interesse an der Wahrung des Scheins der "Gleichheit aller Bürger" vor dem Gesetz und vor den Staatsorganen, um die Arbeiterklasse und anderen Werktätigen ruhig zu halten.



In der Realität wird sich auch an diesen direkten Stapo-Diensten für die Unternehmer nichts wesentliches ändern. In der Produktion, besonders in den Großbetrieben, steckt das größte Kampfpotential der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Nie und nimmer werden die Kapitalisten und ihr Staat auf die umfassende Bespitzelung gerade dieses Kernbereichs ihrer Ausbeuterordnung verzichten.

Vranitzky, Löschnak wie auch VP-Justizsprecher Graff fordern nun sogar eine enorme Verschärfung der exekutiven Machtvollkommenheit der Polizei. Nichts anderes bedeutet nämlich das geplante "Sicherheitspolizeigesetz".

Angesichts der sich verschlimmernden sozialen Lage und drohender Protestaktionen der Werktätigen sind nicht "Demokratisierung" und "parlamentarische Kontrolle" der Säulen des kapitalistischen Staates angesagt, sondern Kurs auf verschärfte Repression.

Die "Tätigkeit" der Staatspolizei berührt so sehr den inneren Machtbereich des kapitalistischen Herrschaftssystems, daß sich die Bourgeoisie gerade auf diesem Gebiet keine parlamentarischen Spielereien erlaubt.

So sieht sie überhaupt aus, ihre "Demokratie" mit ihrer famosen "Gewaltenteilung": Wahlrecht und Parlamentarismus sind ganz auf den Bereich der legislativen Gewalt beschränkt. Die beiden anderen "Gewalten" (Justiz und Exekutive) sind davon gänzlich unberührt und buchstäblich jedem Einfluß der arbeitenden Massen entzogen. Deshalb ist die bürgerlich-demokratische Gewaltenteilung zwar eine "Sicherung", aber nicht gegen Unrecht und Willkür, sondern eine Sicherung gegen jegliche Einflußnahme der Massen. Das Volk mag ins Parlament wählen, wen es will, im Staatsapparat selbst ändert sich dadurch überhaupt nichts. Die Abgeordneten, die Minister, die Regierungen mögen wechseln, wie sie wollen, aber der ganze riesenhafte staatliche Gewaltapparat bleibt dadurch unerschüttert. Er erfüllt seine Rolle als Instrument der bürgerlichen Klassendiktatur ganz unabhängig davon, in der Regel sogar mit Hilfe derselben Bürokraten und Amtskappenträgern, die schon allen möglichen vorherigen Regierungen und "Systemen" gedient, d.h. diesen die reaktionäre, unterdrückerische, volksfeindliche Drecksarbeit besorgt haben.

So wanderten auch die bereits aus der Monarchie stammenden Spitzelakten und -verordnungen von der Ersten Republik, zum Austrofaschismus, zum Nazifaschismus und schließlich zur heutigen Stapo, welche sogar die Gestapo-Akten weiternutzt.

Offenkundig spielen die unterschiedlichen Formen des bürgerlichen Staats *keine Rolle* für das im Grunde gleichbleibende Funktionieren der Staatspolizei. Die entscheidende Schlußfolgerung daraus ist:

**Die Staatspolizei muß zusammen mit dem ganzen bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen werden! Nur so können die hinter der bürgerlichen "Gewaltentrennung" verschanzten Reservate der Staatsbüttel aufgebrochen und der Entscheidungsgewalt und Kontrolle der revolutionären Massen überantwortet werden.**

**Nur so kann der Wille des arbeitenden Volkes auch in jenen innersten Schaltstellen des Staatsapparates bestimmend werden, in denen selbst die entwickeltsten bürgerlichen Demokratien nicht einmal formelle und scheinbare Einflußmöglichkeiten der arbeitenden Massen zulassen.**

Der Demo-Aufruf zum 15.3.90 spricht sich "gegen die Austragung sozialer Konflikte mit dem Knüppel" aus. Ein wahrhaft frommer Wunsch! Die Polizei wirft die Waffen weg, die Armee verschrottet ihre Panzer, Kanonen usw. und die "Sozialpartner" handeln friedlich eine bessere Gesellschaft aus...

Die Nutznießer von solchem sozialen Pfaffentum sind in Wirklichkeit einzig und allein jene, welche bis an die Zähne bewaffnet sind und tausendfach bewiesen haben, daß sie mit den gewalttätigsten Mitteln ihr Ausbeuterparadies verteidigen. Sie wünschen sich natürlich, daß die von ihnen unterdrückten Massen auf jede Gewalt verzichten. Denn dann kann ihnen bis in alle Ewigkeit nichts passieren.

**MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)**

# REVOLUTIONÄRE LEHREN AUS DEM "STAPO-SKANDAL" ZIEHEN!

Laut ist das Gejammer diverser Pseudo-Linker und Alternativer, daß die Staatspolizei in einer "modernen Gesellschaft mündiger Bürger" ein antiquierter Fremdkörper sei, nicht dem Konzept der "Bürgerpolizei" entspreche und dergleichen mehr.

Richtige Lehren aus dem "Stapo-Skandal" können aber nicht aus der einlullenden Sicht des Klassenfriedens gezogen werden, sondern nur vom Standpunkt des unversöhnlichen Klassenkampfes aus.

Der "Stapo-Skandal" hat einmal mehr gezeigt, daß ***die bürgerliche "Legalität" eine "Falle"*** ist. War die vordringliche klassenmäßige Aufgabe dieses Apparats ***gestern*** noch die detaillierte Beobachtung, Überwachung und Registrierung solcher "staatsgefährlicher" Bewegungen, so ist man ***heute*** schon bei den Mitteln des politischen Kleinkriegs, bei zunehmenden Schikanen, Scharfmachereien und Provokationen, statuiert man bereits Exempel, die von empfindlichen Geldstrafen bis zum Arrest, vom Gummiknüppel bis zur Wasserspritze reichen. ***Morgen*** oder übermorgen soll dann gegebenenfalls die ***dritte*** Stufe folgen, die umfassende brutale Niederschlagung der revolutionären Massenbewegung mit allen Mitteln des modernen kapitalistischen Polizeistaates.

Die revolutionären Kräfte Österreichs, die vielfach noch unerfahren und zersplittert sind, müssen diese Entwicklung genauestens verfolgen und sich sorgsam darauf vorbereiten, von ihr nicht plötzlich überrollt zu werden. Dazu sind Maßnahmen verschiedenster, auch technischer Art erforderlich, bedarf es erhöhter revolutionärer Wachsamkeit und müssen gerade auch die geschichtlichen Erfahrungen revolutionärer Bewegungen auf diesem Gebiet umfassend studiert und ausgewertet werden.

Die wichtigste geschichtliche Erfahrung ist allerdings, daß nur eine nach marxistisch-leninistischen Organisationsprinzipien aufgebaute ***Partei neuen Typs*** auch dem ärgsten Terror des bürgerlichen Staatsapparats erfolgreich trotzen und selbst unter Bedingungen scharfer Verfolgungen ihre Aufgaben erfüllen kann. Denn:

"Für alle Länder, sogar für die freiesten, 'legalsten' und 'friedlichsten' in dem Sinne, daß sich dort der Klassenkampf weniger scharf äußert, ist die Zeit gekommen, daß die ***systematische Verbindung von legaler und illegaler Arbeit, von legaler und illegaler Organisation*** für jede kommunistische Partei eine unbedingte Notwendigkeit ist. Denn auch in den aufgeklärtesten und freiesten Ländern mit der 'stabilsten' bürgerlich-demokratischen Ordnung nehmen die Regierungen entgegen ihren verlogenen und heuchlerischen Erklärungen bereits systematisch ihre Zuflucht zur Aufstellung von geheimen Listen der Kommunisten, zu endlosen Verletzungen ihrer eigenen Verfassung, um die Weißgardisten und die Ermordung von Kommunisten in allen Ländern zu unterstützen, zur geheimen Vorbereitung von Verhaftungen der Kommunisten, zur Einschleusung von Provokateuren in die Reihen der Kommunisten usw. usf. Nur reaktionärstes Spießertum, in wie schöne 'demokratische' und pazifistische Phrasen es sich auch hüllen mag, kann diese Tatsache oder die unerläßliche Schlußfolgerung daraus bestreiten, daß alle legalen kommunistischen Parteien ***unverzüglich illegale Organisationen schaffen*** müssen, um ***systematisch illegale Arbeit zu leisten und sich gründlich auf den Augenblick vorzubereiten, in dem die Verfolgungen durch die Bourgeoisie einsetzen.***"

(Lenin, Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale, 1929, LW 31, S.183)



* Nur eine mit der ***revolutionären Theorie***, mit der Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes ausgerüstete Organisation kann eine korrekte, vorausschauende Politik durchführen und sich auch in komplizierten und gefahrvollen Situationen taktisch und strategisch korrekt verhalten;

* Nur eine ***demokratisch-zentralistische*** Organisation, welche die besten und erprobtesten Elemente des Proletariats in sich aufnimmt, kann gegen die konzentrierte und zentralisierte reaktionäre Macht der Bourgeoisie eine Zentrale des revolutionären Kampfes bilden. Nur eine solche Organisation kann auf der Grundlage ***freiwilliger, bewußter Disziplin*** die einheitliche Aktion mit der innerparteilichen Demokratie verbinden und diese Disziplin auch unter den ärgsten Bedingungen faschistischer Verfolgungen aufrechterhalten.

Das eben ist die Organisation, die wir brauchen:

"Genügend groß, um das ganze Land zu erfassen; genügend breit und vielseitig, um eine strenge und detaillierte Arbeitsteilung durchzuführen; genügend standhaft, um unter allen Umständen, bei allen 'Wendungen' und Überraschungen ihre ***eigene*** Arbeit unbeirrt zu leisten; genügend elastisch, um zu verstehen, einerseits einer offenen Feldschlacht gegen einen an Kraft überlegenen Feind auszuweichen, wenn er alle seine Kräfte an einem Punkt gesammelt hat, und anderseits die Schwerfälligkeit dieses Feindes auszunutzen und ihn dann und dort anzugreifen, wo der Angriff am wenigsten erwartet wird."

(Lenin, "Womit beginnen?", 1901, LW 5, S.12, Hervorhebung im Original)

Eine wirklich revolutionäre Partei des Proletariats, deren Ziel die gewaltsame Zerschlagung des kapitalistischen Staats ist, ist für die Herrschenden letztlich stets "illegal", auch wenn ihre Existenz zeitweilig "legal" möglich ist. Die revolutionäre Organisation, die den bürgerlichen Staat zerschlagen will, muß sich darauf einrichten, daß sie der bürgerliche Staat zerschlagen will, sich auf eine solche Aktion gründlich vorbereitet und sie früher oder später unmittelbar durchzuführen sucht!

Die Mitglieder der revolutionären Organisation müssen in allen Sphären des Klassenkampfes immer besser geschult werden und speziell auch in der Lage sein, die "Kunst" des Kampfes gegen die politische Polizei zu beherrschen. Für eine wirklich revolutionäre Partei ist der ***Kampf gegen Spitzel und Provokateure*** eine lebenswichtige Aufgabe.

Dieser Kampf darf sich aber nicht auf die Erziehung zur Wachsamkeit und zur Einhaltung bestimmter organisatorischer Regeln beschränken, damit die Agenten des Klassenfeinds möglichst wenig Schaden anrichten und nicht die ganze innere Struktur der Organisation auskundschaften können. Ideologischer Kampf, Kritik und Selbstkritik, hohe Aktivität bei der Ausarbeitung, Festlegung und Durchführung der Linie, praktische Erprobung der Mitglieder der Organisation in der gefahrvollen Praxis des Klassenkampfes, die Überprüfung der Fähigkeit, sich mit den Massen zu verbinden, sie nicht nur zu lehren, sondern auch von ihnen zu lernen - alles das ist auch unerläßlich, um dem Klassenfeind innerhalb der Organisation möglichst wenig Ansatzpunkte und Angriffsflächen zu bieten, um praktisch zu prüfen, wer in die Organisation hinein gehört und wer nicht. Das bedeutet: So wichtig auch das zahlenmäßige Wachstum einer solchen Partei ist, muß ihre ***qualitative*** Stärkung und Festigung doch stets ihr politisch-organisatorisches Hauptanliegen sein.

Für eine wirklich revolutionäre Organisation haben die Worte Lenins nichts von ihrer Gültigkeit verloren:

"Konspiration ist eine so unumgängliche Vorbedingung für eine solche Organisation, daß alle ihre anderen Bedingungen (die Zahl der Mitglieder, ihre Auslese, ihre Funktionen usw.) ihr angepaßt werden müssen."

(Lenin, Was tun? 1905, LW 5, S.493)

Dabei geht es nicht darum, Konspiration und Illegalität zu einem besonderen Ziel an sich zu machen, denn das würde die revolutionäre Partei nur von der Arbeiterklasse absondern und verstecken und damit auch die Schläge des Feindes erleichtern.

Diese Wesensmerkmale der marxistisch-leninistischen Partei sollen die Entfaltung revolutionärer Massenarbeit ja nicht verhindern, sondern unter allen Umständen maximal ermöglichen. Und die nach außen hin wichtigste, ja entscheidende Aufgabe im Kampf gegen die Verschärfung der Polizeimethoden und die Faschisierung des kapitalistischen Staates ist auf lange Sicht die beharrliche Aufklärung und geduldige Organisierung der Massen des arbeitenden Volkes zum Kampf dagegen.

Dafür sind heute durchaus günstige Ansatzpunkte vorhanden und vielerlei Möglichkeiten, die zukünftig weit mehr als bisher ausgenutzt werden müssen.

# "EBT - EINSATZGRUPPE ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS"

**Am 1.Oktober 1987 wurde beim Innenministerium die "Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus" geschaffen. Über deren Aufgaben heißt es in einem "Dienstzettel" des Innenministeriums unter anderem:**

„Die Einsatzgruppe hat alle polizeilichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, Extremismus und anderer subversiver Akte zu treffen, die damit zusammenhängenden strafbaren Handlungen wahrzunehmen und im politisch extremen Umfeld Aufklärungen zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit der Republik Österreich durchzuführen."

„Die Gruppe wird von einem der beiden leitenden Kriminalbeamten und sechs Beamten der Erhebungsgruppe geführt. Die Einheit ist in konspirativen Wohnungen untergebracht und ermittelt ausschließlich verdeckt. Die Verbindung zur Zentralen Leitung, anderen Ämtern und Dienststellen wird im Sinne der vorgegebenen Befugnisse vom leitenden Kriminalbeamten und der Dienstführung gewährleistet. Die dienstliche Verwendung bei der EBT beruht auf einer Dienstzuteilung (über drei Monate) und ist auf zwei Jahre ausgelegt, wobei dieser Zeitraum je nach Eignung und dienstlichem Interesse unter- und überschritten werden kann. Die Auswahl der Beamten erfolgt auf Entscheidung der Zentralen Leitung. Die Richtlinien für Auswahl und Verwendung bei der EBT werden gesondert festgelegt."

Die EBT-Aufgaben:

„a) Beschaffen, Sammeln, Auswerten und Evidenthaltung von Erkenntnissen und Informationen;

b) Führen von Informanten, Quellen und V-Leuten;

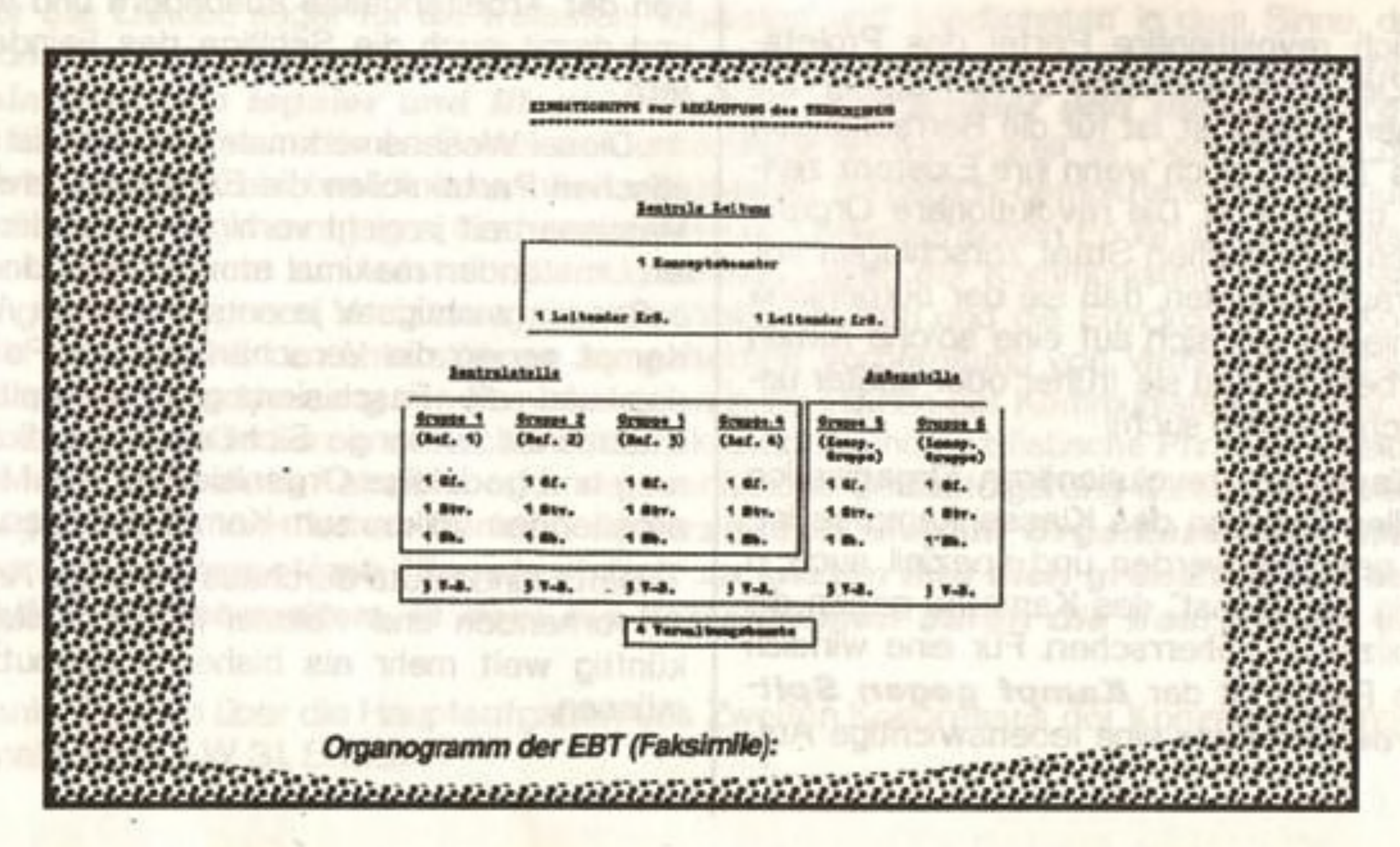
c) verdeckte und offene Ermittlungen gegen Personen;

d) Observationen und Überwachungen von Personen, Objekten und Fahrzeugen, Telefonüberwachungen über Gerichtsauftrag;

e) Führung und Übernahme bedeutender Amtshandlungen obiger Sachgebiete."

Quelle: "profil" 11./12.März 1990, S.18.

**Diese Truppe, der laut "profil" vorerst 43 Beamte angehören, trat z.B. bei der Anti-Draken-Demonstration in Zeltweg in Aktion, und zwar so perfekt getarnt, daß ein steirischer Gendarm einen besonders "radikal" agierenden EBT-Agenten verhaftete (vgl. ebenda). Im Bedarfsfall werden Spezialeinheiten dieser Art mit Sicherheit zu noch viel ärgeren Provokationen eingesetzt. Und selbstverständlich ist nicht im geringsten daran gedacht, die Akten dieser österreichischen Top-"Securitate" offenzulegen. Von Löschnaks demagogischer Aktion "transparente Staatspolizei" ist sie ausdrücklich ausgenommen und im offiziellen Amtskalender wird nicht-einmal ihre Existenz erwähnt.**



*Organogramm der EBT (Faksimile):*



Das nachfolgend abgedruckte Flugblatt wurde vor dem geplanten "Skins"-Treffen am 7./8.April 1990 in Wien bei verschiedenen Veranstaltungen und an verschiedenen Orten verteilt. Es war übrigens das einzige Flugblatt dazu. Das Faschisten-Treffen fand in der vorgesehenen Form dann nicht statt. Die Polizei löste die Versammlung der Skins auf, um zu verhindern, daß Antifaschistinnen und Antifaschisten die Banden vertreiben. Die antifaschistischen Kräfte beschränkten sich dann im wesentlichen auf den Schutz gefährdeter Objekte, Beisln usw. Die Notwendigkeit, über ein entschlossenes Vorgehen gegen die Faschisten zu beraten, wurde einmal mehr deutlich.

## "Skins"-Treffen in Wien:

# ZERSCHLAGT DIE NAZI-BANDEN!

**Die Faschisten-Banden treten immer unverschämter auf. Immer öfter schlagen z.B. "Skins" auf offener Straße, in der U-Bahn usw. Ausländer/innen zusammen, überfallen Lokale, wo sich fortschrittliche und linke Leute treffen (z.B. kürzlich das Rotstilzchen), machen sich an Schulen stark, greifen mit Messern, Knüppeln und Leuchtspurgeschossen Demonstrationen an (Anti-Opernball-Demo). Und jetzt veranstalten sie in Wien gar ein internationales Treffen.**

**Die faschistischen Gruppen wachsen nicht von selbst. Die verhetzten, charakterlosen und verkommenen Mitglieder dieser Schlägerbanden sind ein Produkt der Politik dieses Staates, der Hetze gegen "Sozialschmarotzer" und ausländische Werktätige.**

**Nur ein Beispiel: Dieser Tage machten Skins mit Dobermann-Rüden am Karlsplatz Jagd auf Drogenkranke (siehe "Kurier", 30.3.1990). Das entspricht der ständigen Hetze der bürgerlichen Politiker und Medien, daß die sogenannten "Kinder vom Karlsplatz" weggeschafft werden müßten. Die Skins taten damit im Grunde "nur", was die Polizei mit ihren eigenen "Diensthunden" demnächst selbst hochoffiziell machen wird, wenn das geplante "Sicherheitspolizeigesetz" mit seinem "Wegweiserecht" verabschiedet sein wird.**

**Jede konsequente und militante Gegenwehr gegen diese auch vor Morden nicht zurückschreckenden Banden (z.B. erschlugen in Hamburg am 24.12.1985 Skins den aus der Türkei stammenden Arbeiter Ramazan Avci) stößt sofort auf den Staatsapparat des österreichischen Imperialismus. In Worten geht dieser manchmal auch gegen faschistische Gruppierungen vor, hie und da wird eine milde "Strafe" verhängt, um dann seine ganze Macht gegen die militanten Kämpferinnen und Kämpfer des antifaschistischen Lagers zu richten. Der berüchtigte Linzer Nazi Schweiger z.B. erhielt im März 1990 für drei schwere Körperverletzungen, meist gegen Linke, zwei Einbrüche und erhebliche Sachbeschädigung lächerliche 30.000 S "Strafe". Eine Woche zuvor wurde dagegen eine Autonome in Linz wegen angeblichem "Widerstand gegen die Staatsgewalt" (den sie am Bauch liegend mit angelegten Handschellen begangen haben soll) zu vier Monaten Gefängnis unbedingt (!) verurteilt.**

**Jüngstes Beispiel: Am Donnerstag, 5.April 1990, drangen Polizeieinheiten in die Uni Wien ein, um eine faschistische Veranstaltung gegen Proteste zu schützen. Antifaschisten und Antifaschistinnen wurden schwer mißhandelt, 2 festgenommen.**

**Das zeigt schon: Entscheidend ist unser Kampf - nicht Verbotsappelle an diesen Staat, der als Sachwalter und Verteidiger eines verfaulten Ausbeutersystems die braune Pest hervorbringt, nährt und schützt. Wenn durch den massiven Kampf auf der Straße der**

Staat gezwungen wird, Maßnahmen gegen die Nazis durchzuführen, ein Verbot auszusprechen, so ist das ein Erfolg der antifaschistischen Bewegung, wenn dabei gleichzeitig jegliche Illusion in diesen Staat aufs schärfste bekämpft wird!

Nicht vergssen werden sollte zudem, daß die diversen "Verbote" von Nazi-Gruppen (wie z.B. ANR, NDP) immer nur kosmetischer Natur waren - Tage darauf waren unter neuem Namen die gleichen Faschisten wieder aktiv.

## Wie wirklich gegen die Nazis ankämpfen?

Kurz gesagt: Auf allen Gebieten, in allen Formen, so hart und militant wie möglich. Die Vorstellung, daß man gegenüber den Feinden jeglicher demokratischer Rechte für die Volksmassen, gegen die Propagandisten des Völkermords demokratisch und "pluralistisch" sein müßte, ist ein hirnverbrannter und selbstmörderischer Pazifismus. Mit der Absage an jegliche gewaltsame Gegenwehr gegen die Nazi-Verbrecher werden gar noch die militanten Antifaschistinnen und Antifaschisten als "undemokratisch" diffamiert werden. Gegen Faschisten helfen nicht bloße Worte, sondern entschlossene Gegengewalt. Ohne bewaffneten Kampf, ohne Partisanen, ohne die Rote Armee unter Führung Stalins hätte das millionenfache Morden des Hitlerfaschismus nicht gestoppt werden können.

Andererseits müssen auch die ideologischen Kernthesen der Nazis (die weitgehend Kernthesen der gesamten offiziellen Politik sind) auseinandergenommen und zerschlagen werden. Denn mit militanter Entschlossenheit allein können die breiten Massen der Werktätigen nicht für den antifaschistischen Kampf gewonnen werden.

Gerade Nazi-Losungen wie "Ausländer raus" oder "Ein Herz für Inländer" zeigen, wiesehr der Kampf gegen die Nazis einmünden muß in den Kampf gegen die Politik des österreichischen Imperialismus insgesamt - in den Kampf gegen das gesamte Gesellschaftssystem, den Kapitalismus, der auf dem Prinzip der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen, dem "Recht des Stärkeren" beruht. Der Kampf gegen die Nazis muß sich Schritt für Schritt dem Kampf für die grundlegenden revolutionären Ziele der Arbeiterbewegung nähern.

**Keine Feigheit, kein Pazifismus, kein Zurückweichen hilft gegen Schläger und Mörderbanden!**

## Keinen Fußbreit Raum der braunen Pest!




**MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)**



# Ernst KIRCHWEGER - niemals vergessen!

## 25 Jahre seit der Ermordung des Genossen Ernst Kirchweger



**Am 2.April 1965 wurde Genosse Ernst Kirchweger, ein bewährter kommunistischer Aktivist und Freund der "Roten Fahne", bei einer antifaschistischen Demonstration gegen den Nazi-Universitätsprofessor Borodajkewycz von faschistischen Schlägern ermordet.**

**Dieser Mord konnte unter den Augen der Polizei erfolgen, welche die faschistischen Provokateure vor den Demonstranten schützte. Die "KPÖ"-Ordner hatten ihrerseits zuvor verhindert, daß die Faschisten entschlossen verjagt wurden.**

**Der als (Mit-)-Täter festgestellte Faschist Gunther KÜMEL war zu der lächerlichen "Strafe" von 10 Monaten Arrest verurteilt worden.**

An der Bahre des Genossen Kirchweger haben die österreichischen Marxisten-Leninisten den Schwur abgelegt, ihn, sein großes Opfer und die Lehren daraus NIEMALS ZU VERGESSEN,mit allen revisionistischen Illusionen und pazifistischen Träumen aufzuräumen und im Kampf gegen Faschismus und Reaktion sowie ihre Wegbereiter niemals nachzulassen. In der nach dem Tod des Genossen Kirchweger erschienenen "Roten Fahne" Nr.34 vom 15.April 1965 hieß es:

> *"Die Wurzeln und Quellen des Faschismus... liegen nicht in einem bestimmten Land oder in einer bestimmten Zeit, sondern im kapitalistischen System - so lange aktuell und gefahrdrohend, als dieses System existiert!... Faschistische Tendenzen kommen ununterbrochen und immer aufs neue aus allen Poren des Kapitalismus, der sich zweier Formen seiner Herrschaft bedient: der bürgerlichen Demokratie als der verhüllten, demagogisch verbrämten Form, und des Faschismus als der offenen, brutal gewalttätigen Form, wobei sich diese Formen nicht nur zeitlich abwechseln, sondern bis zu einem gewissen Grade auch gleichzeitig nebeneinander existieren... Um seine Klassenherrschaft aufrechterhalten zu können, braucht das Kapital sowohl den Betrug wie auch den Terror, die Kanzel und den Kerker, Zuckerbrot und Peitsche. So wichtig und wesentlich auch die vielen Brücken sind, die den alten mit dem neuen Faschismus verbinden - der entscheidende Nährboden des Faschismus liegt nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart, in den heute gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen und Zuständen!"*

**Diese Worte haben nichts von ihrer Gültigkeit verloren.**

Auch bei der Opernball-Demonstration 1990 konnten - wie so oft davor - faschistische Banden unter dem Schutz der Polizei antifaschistische, fortschrittliche Demonstrantinnen und Demonstranten überfallen, mit Messern, Knüppeln und Leuchtspurgeschossen gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten vorgehen. Verhaftet und in Untersuchungshaft genommen wurden aber 3 Antifaschisten!

Der bürgerliche Staat selbst treibt die Faschisierung aktiv voran: "Sicherheitspolizeigesetz", Verschärfung der Fremdenpolizeigesetze, umfassende Bespitzelung, immer mehr Demonstrationsverbote...

**DIE BRAUNE PEST GEHT VOM BÜRGERLICHEN STAAT AUS!**
**TOD DEM FASCHISMUS!**
**NIEDER MIT DEM ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISMUS!**